



Traumzahlen
 Bayern steht als Tempomacher mit gut drei Prozent Wachstum an der Spitze des Aufschwungs, teilte Wirtschaftsministerin Emilia Müller bei der Wirtschafts-Jahrespressekonferenz in München mit. **S. 2**



Traumziele
 Für „ökologisch verträgliches Wachstum“ setzt sich der Freistaat nach den Worten von Umweltminister Otmar Bernhard ein. Er stellte seinen Umweltbericht vor. **S. 6**



Traumschlösser
 „Die bayerischen Schlösser sind im Aufwind“, stellte Finanzminister Erwin Huber bei der Bilanzpressekonferenz der Bayerischen Schlösserverwaltung im Jahr 2007 fest. **S. 3**

BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Staatssekretär Markus Sackmann.

Staatsregierung fördert ländlichen Raum:

Breitband für Bayern

Von Markus Sackmann,
 Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium
 für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Der Zugang zu schnellen Internetanschlüssen ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Standortvorteil. Als Flächenland hat Bayern ein besonderes Interesse daran, dass Unternehmen und Bürgern in allen Landesteilen schnelle Internet-Zugänge zur Verfügung stehen. Der Freistaat ist dabei auf gutem Weg. Insbesondere im ländlichen Raum gibt es aber derzeit zum Teil noch un- oder unterversorgte Gebiete. Die Staatsregierung unterstützt daher aktiv die rasche Realisierung einer flächendeckenden Versorgung mit Breitbandanschlüssen. Unser Ziel ist es, dass bis zum Jahr 2010 in ganz Bayern leistungsfähige Internetzugänge zur Verfügung stehen.

Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Bayerischen Industrie- und Handelskammertag wurde bereits Mitte 2006 die „Breitbandinitiative Bayern“ ins Leben gerufen. Im Rahmen der erfolgreichen Breitbandinitiative startete das Wirtschaftsministerium vor rund einem Jahr das Aktionsprogramm „Breitband für Bayern“.

Breitbandpaten und staatliche Beratung

Ein bundesweit einmaliges Internetportal (www.breitband.bayern.de) wurde eingerichtet, in dem Kommunen mit Hilfe von „Breitbandpaten“ ihren Breitbandbedarf darstellen und mit Anbietern zielgerichtet Kontakt aufnehmen können. Inzwischen

haben über 600 Gemeinden einen Breitbandpaten benannt. Auf Angebotsseite sind derzeit 30 Unternehmen gelistet, die grundsätzliche Ausbauinteressen haben. Begleitend wurden inzwischen rund 200 Kommunen durch das kostenlose staatliche Beratungsprogramm beraten.

Engagement der Gemeinden

Gerade dort, wo sich die Kommunen aktiv in unserem Breitbandportal engagieren und sich offen zeigen für verschiedene technologische Ansätze, können mit Unterstützung der Breitbandpaten (Fortsetzung auf Seite 4)

Regierungserklärung zur Kommunalwahl:

Staat und Kommunen auf gutem Weg

Beckstein betont die Partnerschaft und nennt Stärkung des ländlichen Raumes als zentrales Problem

Den Freistaat als starken und verlässlichen Partner der Kommunen hat Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein in einer Regierungserklärung zur Kommunalwahl am 2. März nochmals dargestellt. An Hand der Zahlen im Finanzausgleich und anderer Leistungen des Staates für Städte, Gemeinden und Landkreise zog er das Fazit, „wir sind auf einem guten Weg und wollen ihn weiter gemeinsam beschreiten.“ Die Opposition sprach von „viel Weihrauch und wenig Substanz“ und bezog sich in ihrer Kritik auch auf Äußerungen führender CSU-Kommunalpolitiker.

Die Staatsregierung gehe auf Augenhöhe und ehrlich mit den Kommunen um, versicherte der Ministerpräsident. Sie tue alles, dass es ihnen auch künftig gut gehe. Er nannte den Finanzausgleich mit den bundesweit einmaligen 6,1 Mrd. Euro. Während der Staatshaushalt um 5,7 % steige, erhöhe sich der FAG um über 11 %. Nicht zuletzt wegen der staatlichen Leistungen haben die bayerischen Kommunen einen Finanzierungsoberschuss von 1,4 Mrd. Euro, gleich 113 Euro pro Einwohner, erwirtschaftet. Bei der Investitionsquote liegen sie laut Beckstein mit 20,4 % nicht nur weit höher als das Land mit 13,5 %, sondern vor allen westdeutschen Flächenländern. Die Partnerschaft beruhe auch auf der Konnexität. Allerdings sei nicht jede Herausforderung konnexitätsrelevant.

Hartnäckig gegen EU-Pläne

Der Ministerpräsident versicherte, die Staatsregierung werde sich hartnäckig gegen EU-

Pläne wenden, die die kommunale Selbstverwaltung bedrohen oder einschränken. Aus den Bereichen Wasser- und Energieversorgung dürften die Kommunen weder durch ordnungspolitische



Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein.

Maßnahmen noch durch zu hohe bürokratische Hemmnisse aus Brüssel verdrängt werden.

An die Kommunen appellierte der Ministerpräsident, finanzielle Spielräume zu nutzen, um

Schulden abzubauen und Rücklagen zu bilden. Als zentrale Herausforderung der kommenden Jahre bezeichnete er die Stärkung des ländlichen Raumes. Hier komme es auch auf eine Symbiose mit den Metropolregionen in Zeiten des Globalisierungsdruks an. Als Entwicklungsschwerpunkte nannte Beckstein den nord- und ostbayerischen Raum. Schwerpunkte sind

„Kunsträume Bayern 2008“:

Zeitgenössische Kunst und öffentlicher Raum

Ein neues Festival des Arbeitskreises gemeinsame Kulturarbeit bayerischer Städte e.V. gilt der zeitgenössischen Kunst und dem Öffentlichen Raum. Vom 1. Juni bis 14. September 2008 werden 50 bayerische Städte ihre Kunsträume vorstellen. Bei „Kunsträume Bayern 2008“ handelt es sich um das dritte bayernweite Festival, das der Arbeitskreis von Ingolstadt aus organisiert.

Spezifische Antworten

Kunst braucht Raum, um sich entfalten zu können. Sie gestaltet Räume, verleiht ihnen Einzigartigkeit und sie schafft selbst Räume und Räumlichkeit, Bildräume oder Architektur. Was kann eine bayerische Großstadt mit reichem kulturellen Leben der Kunst bieten? Was die bayerische Kleinstadt und was der ländliche Raum? Wie wirkt sich der jeweilige Charakter des Stadtraums auf die Kunst aus und wie beeinflusst diese Kunst wiederum den Charakter der Stadt und des Raums? Welche Möglichkeiten bietet der städtische Raum für die Kunst heute (noch)? Welche sollte er bieten? Welche Impulse kann die Kunst setzen, damit städtischer Raum in einem kulturellen Sinne als „öffentlicher Raum“ erlebt wird? Diesen Fragen wird mit

Straßenbau, Dorferneuerung sowie Städtebau und Tourismus. Er versprach gezielte Hilfe zur Selbsthilfe auf der Grundlage von Sanierungsplänen.

Familienfreundlichkeit

Der Ministerpräsident plädiert auch für die familienfreundliche Kommune, wobei es insbesondere um die Betreuung von Kindern, den Bau und Unterhalt von Schulen und das Zusammenleben von Jung und Alt gehe. Er bekannte sich zum dreigliedrigen Schulsystem mit dem Grundsatz „kein Abschluss ohne Anschluss“ wie auch zum weitestmöglichen Erhalt der Schule im Dorf. Ganztagschulen würden mit staatlicher Hilfe ausgebaut, bis 2013 rund 600. Das Schulmodell von SPD und Grünen mit der Verschmelzung von Haupt- und Realschule lehnte (Fortsetzung auf Seite 4)

dem bayernweiten Kunstprojekt nachgegangen. 50 Städte und Regionen in Bayern werden ihre spezifischen Antworten geben und ihre Kunsträume vorstellen. Konzipiert und koordiniert wird die Reihe vom Arbeitskreis für gemeinsame Kulturarbeit unter der Leitung von Christine Fuchs. (Fortsetzung auf Seite 4)



Neues von Sabrina
 Neben den guten Wünschen für ihre Leserinnen und Leser zum Wahlsonntag befasst sich die Vorzimmerperle des Bürgermeisters mit den Errungenschaften der IT-Technologie - ganz passend zum aktuellen Fachthema in der Bayerischen Gemeindezeitung, die es natürlich auch gedruckt und virtuell gibt. **Seite 11**



Großer Bahnhof für Alfred Trageser! Zum Abschied des beliebten AKDB-Geschäftsführers kamen zahlreiche Weggefährten. Unser Bild zeigt (v. l.): Alexander Schroth, neuer Geschäftsführender Direktor der AKDB, sein Vorgänger Alfred Trageser, Michael Sedlmair, Erster Bürgermeister von Ismaning und Vorsitzender der Hauptversammlung der AKDB, Ursula Trageser, Roland Schwing, Landrat von Miltenberg und Vorsitzender des Verwaltungsrats der AKDB sowie Rudolf Schleyer, Direktor der AKDB (vgl. Bericht auf Seite 7).

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Zusammenarbeit bei der Feuerwehr	Seite 2
Erster bundesweiter Bürgerbegehrensbericht	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Kinderschutz hat Vorrang	3
Bayerischer Tourismustag 2008	3
BayernLB: Von Krise keine Rede	4
GZ-Fachthemen: Abfall · Recycling · Umwelt	5/6
IT für Kommunen	7/8
Aus den bayerischen Kommunen	9 - 12

Wirtschafts-Jahrespressekonferenz:

Bayern bleibt auf Wachstumskurs

Ministerin Müller sieht intakten konjunkturellen Aufwärtstrend
Beibehaltung des Reformkurses auf Bundesebene angemahnt

„Die gesamtwirtschaftliche Bilanz 2007 verdient das Prädikat ‚sehr gut‘“, teilte Wirtschaftsministerin Emilia Müller bei der Wirtschafts-Jahrespressekonferenz in München mit. Bayern habe sich als Tempomacher an die Spitze des Aufschwungs in Deutschland gesetzt. Bereits 2006 hätten 3,3 Prozent Wachstum zugute geschlagen. 2007 konnte die bayerische Wirtschaft ihre Wertschöpfung erneut um 2,9 Prozent steigern. Im Zehn-Jahres-Vergleich liege der Freistaat beim Wirtschaftswachstum mit fast 30 % weit vor allen anderen Ländern, betonte Müller. Die offensive Wirtschaftspolitik zahle sich in einem dauerhaft höheren Wachstum aus.

Die überdurchschnittliche Wachstumsdynamik der bayerischen Wirtschaft geht der Ministerin zufolge einher mit überdurchschnittlichen Beschäftigungsgewinnen. Ende 2007 gab es in Bayern mit über 4,5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten so viele wie nie zuvor. Die Arbeitslosigkeit verringerte sich mit Raten zwischen 15 und 32 Prozent.

Arbeitslosigkeit unter Bundesdurchschnitt

Die Spannweite bei den Arbeitslosenquoten reicht vom Agenturbezirk Freising mit 3,2 Prozent bis zum Agenturbezirk Hof mit 8,4 Prozent. Aber selbst die Region Hof liegt noch unter

aufbau wird weitergehen. Bis zum Herbst können wir die Arbeitslosenquote mit etwas Glück unter 4 Prozent drücken. Im Jahresdurchschnitt wird sie aller Voraussicht nach unter 5 Prozent sinken. Auch wird sich die Situation auf dem Lehrstellenmarkt weiter entspannen.“

Rückendeckung durch den Bund nötig

Müller machte freilich kein Hehl daraus, dass für eine weiterhin positive wirtschaftliche Entwicklung auch die Rückendeckung durch den Bund benötigt werde: „Ich erwarte, dass die Bundesregierung 2008 auf der Linie ‚Investieren, Sanieren, Reformieren‘ weiter Kurs hält“.

bewerbsfähige Energiepreise, Versorgungssicherheit und Klimaschutz in Einklang bringt: „Wir wollen jede technische Innovation bei Erneuerbaren Energien fördern und zugleich alle Potentiale bei der Energieeffizienz ausschöpfen. Wir setzen auf einen ausgewogenen und intelligenten Energiemix inklusive der Kernenergie. Auch in Zukunft brauchen wir längere Laufzeiten unserer Kernkraftwerke.“

Florierendes Exportgeschäft

Der Aufschwung wird laut Müller weiterhin von einem sehr stark florierenden Exportgeschäft getragen. An ihm beteiligen sich auch immer mehr Mittelständler. „Der Freistaat ist ganz klar Globalisierungsgewinner“, konstatierte die Ministerin. Bayerische Produkte im Maschinenbau, bei Kraftfahrzeugen und in der Elektroindustrie stünden im Fokus der weltweiten Nachfrage. Von Januar bis November 2007 stiegen die Ausfuhren um 9,2 Prozent auf knapp 142 Milliarden Euro. In der Endabrechnung zeichne sich damit ein neuer Exportrekord von deutlich über 150 Milliarden Euro ab.

Starke industrielle Basis

Im Hinblick auf die einzelnen Absatzregionen verlief die Entwicklung unterschiedlich. Die Exportquote der Industrie liegt inzwischen bereits bei fast 50 Prozent. Weil sich daneben auch die inländische Investitionstätigkeit belebt hat, hat die bayerische Industrie 2007 insgesamt mit einem Plus bei der realen Wertschöpfung um 6,8 % einen gewaltigen Sprung nach vorne gemacht. „Erfreulicherweise hatte 2007 auch die Talfahrt bei der Industriebeschäftigung ein Ende. Jetzt zählt sich aus, dass wir in Bayern immer für den Erhalt einer starken industriellen Basis gekämpft haben“, so Müller.

Erster bundesweiter Bürgerbegehrensbericht:

Spitzenreiter Bayern

Pressekonferenz von Mehr Demokratie e.V. – Nahezu 40 Prozent aller bundesweiten Verfahren in Bayern

Gemeinsam mit der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie (Universität Marburg) hat der Verein Mehr Demokratie e.V. die Bürgerbegehren und -entscheide analysiert, die seit der Einführung im ersten Bundesland (Baden-Württemberg) 1956 stattgefunden haben. Wie bei einer Pressekonferenz in München mitgeteilt wurde, hat die Bevölkerung seitdem 4500 Mal die Politik von unten beeinflusst. In knapp 40 Prozent aller Fälle konnten die Initiatoren mit Hilfe direktdemokratischer Instrumente ihre Anliegen durchsetzen.

Andererseits haben Gemeinde- oder -verwaltungen ungefähr ein Viertel aller Verfahren für unzulässig erklärt. Schuld daran sind die immer noch restriktiven Regelungen in vielen Bundesländern, die bestimmte Themen ausschließen oder Kostendeckungsvorschläge fordern.

„Welten“ zwischen den einzelnen Bundesländern

„Was die Mitbestimmungsmöglichkeiten angeht, liegen Welten zwischen den einzelnen Bundesländern“, erklärte Gerald Häfner, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie. In Bayern habe es seit den 90er Jahren fast 970 Bürgerentscheide gegeben, im Saarland durften die Bürger dagegen erst einmal abstimmen. Aber auch in Thüringen, Rheinland-Pfalz und anderen Ländern werde das politische Engagement durch Unterschriftenquoten und Themenausblüsse gelähmt. So dürften die Bürger in

Schwerpunkt ländlicher Raum

Die Staatsregierung habe in Bayern den Aufschwung aktiv unterstützt. Ein Schwerpunkt sei, den ländlichen Raum durch mehr Investitionen und mehr Arbeitsplätze weiter zu stärken. Dazu würden die Landesmittel für die Regionalförderung um 75 Prozent aufgestockt. Laut Müller stehen heuer 135 Millionen Euro für die Regionalförderung bereit. 40 Millionen Euro davon werden in Oberfranken eingesetzt, 30 Millionen in der Oberpfalz und 25 Millionen in Niederbayern. Mit jeweils 10 Millionen Euro werden gewerbliche Investitionen in Oberbayern, Mittelfranken, Unterfranken und Schwaben gefördert. Zudem kümmert sich der neue Staatssekretärsausschuss ‚Ländlicher Raum‘ unter Vorsitz von Wirtschaftsstaatssekretär Markus Sackmann um die Umsetzung des ‚Aktionsprogramms Bayerns ländlicher Raum‘.

Forschung ausbauen

In der Technologiepolitik bleibe es das Ziel, den Anteil der FuE-Aufwendungen am Bruttoinlandsprodukt längerfristig auf 3,6 Prozent zu steigern. Ein erster Schritt in diese Richtung sei das Programm ‚Zukunft Bayern 2020‘. „Wir wollen die wirtschaftsnahe, außeruniversitäre Forschung ausbauen und fünf neue Fraunhofer-Institute im Freistaat ansiedeln. Noch in diesem Quartal wird die Fraunhofer-Gesellschaft ein Bayern-Konzept vorlegen“, betonte Müller. Zudem werde eine aktive Außenwirtschaftspolitik auch in Zukunft helfen, die Chancen der globalen Märkte zu nutzen. „Generell bleibt die offensive Gestaltung von Wettbewerb und Wandel Leitlinie der bayerischen Wirtschaftspolitik“, hob die Ministerin abschließend hervor. **DK**

Gemeinsam in der Feuerwehr

Zusammenarbeit über kommunale Grenzen hinweg geregelt

Der freiwilligen Feuerwehr als Retter aus Feuers- und anderer Not wie auch als Element der kommunalen Gemeinschaft eine zeitgemäße Rechtsgrundlage zu geben, ist Ziel einer Novelle des mehr als ein Vierteljahrhundert alten bayerischen Feuerwehrgesetzes. Künftig können die Wehren freiwillig über die kommunalen Grenzen hinweg zusammenarbeiten, flexibler und mit geringerem Verwaltungsaufwand. Einmütig hat der Landtag die Neuerungen zum 1. März in Kraft gesetzt.

Als wesentliche Punkte der Novelle nannte Berichterstatter Herbert Ettengruber (CSU) die Bestandsgarantie für die Ortsfeuerwehren, auch durch interkommunale Zusammenschlüsse, die bisher nicht möglich waren. Dementsprechend gibt es künftig für die rund 330000 freiwilligen Feuerwehrmänner und -frauen auch Doppelmitgliedschaften. Pendler können Mitglied am Wohn- oder Arbeitsort sein.

Studenten freigestellt werden. Am anderen Ende des Berufslebens wird die Altersgrenze für die Mitgliedschaft von 60 auf 63 Jahre hinaufgesetzt. Aus dem Entwurf der Staatsregierung gestrichen hat die CSU die Möglichkeit, Zweckverbände zu gründen. Dies habe die Anhörung der Dachverbände ergeben, berichtete Ettengruber, während manche Feuerwehrkommandanten solche Verbände wünschten.

Hier sei eine Chance vertan worden, meinte Stefan Schuster (SPD). Zur neuen Altersgrenze legte er Wert darauf, dass sie nur für die freiwilligen Feuerwehrleute gelte und nicht als Einstieg in eine Arbeitszeitverlängerung für die Berufsfeuerwehr zu sehen sei. Ansonsten bestehe Übereinstimmung mit der CSU. Das betraf trotz einiger Bedenken letztlich auch die Streichung der zehminütigen Frist für die Zeit zwischen Alarm und Eintreffen am Brand- bzw. Unfallort und für Personen- wie Tierrettung bei Verkehrsunfällen keinen Kostenersatz zu verlangen. Die Opposition nahm zur Kenntnis, dass die Hilfsfrist in einer Verordnung geregelt wird. Im gleichen Sinne nahm auch Christine Kamm für die Grünen im Landtagsplenum Stellung.

Innenstaatssekretär Jürgen Heike erklärte, es gehe um optimale Arbeitsbedingungen für die freiwilligen Feuerwehren. Die rechtlichen Grundlagen müssten den Veränderungen in Leben und Technik sowie den praktischen Erfahrungen angepasst werden. Die Eigenverantwortung der Kommunen werde gestärkt. (s. GZ 23/06.12.07). **rm**

Die „belastbaren“ Zahlen der Landesbank

Finanzminister wehrt sich gegen Vorwürfe, den Landtag über die Verluste falsch unterrichtet zu haben

Die Verstrickung der Bayerischen Landesbank in die vom amerikanischen Immobilienkreditmarkt ausgelöste weltweite Bankenkrise ist im Bayerischen Landtag zum Politikum geworden. Die Opposition fordert den Rücktritt von Finanzminister Erwin Huber und sieht auch Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein belastet. Huber ist stellvertretender Vorsitzender des BLB-Aufsichtsrats, Beckstein war Aufsichtsratsmitglied als Innenminister. Die Bank ist je zur Hälfte Eigentum des Freistaats und des Bayerischen Sparkassenverbands.

In mehreren Sitzungen im Plenum und im Haushaltsausschuss wies Huber den Vorwurf zurück, den Landtag über die zu erwartenden Verluste der Bank nicht korrekt unterrichtet oder gar belogen zu haben.

Den Haushaltsausschuss hatte sind es die Bürger selbst, die sich Gehör verschaffen. Nur in 16 Prozent der Fälle wurden die Begehren von oben, also durch den Rat, ausgelöst. Wenn es ein Begehren bis zur Abstimmung schafft, beteiligen sich durchschnittlich über die Hälfte aller Wahlberechtigten - und damit mehr als bei so mancher Bürgermeisterwahl.

Anwendungsfreundliche bayerische Regelungen

Dass gerade Bayern eine Spitzenreiterposition einnimmt, liegt für Roman Huber, Geschäftsführer und Landesvorstand von Mehr Demokratie e.V. daran, dass hier sehr anwendungsfreundliche Regelungen gelten. Nahezu alle Themen seien zugelassen, das Quorum sei moderat und auch andere formelle und bürokratische Hürden fehlten. Nahezu 40 Prozent aller Verfahren in Deutschland hätten in nur zwölf Jahren in Bayern stattgefunden.

„Was in Bayern funktioniert, soll auch in anderen Bundesländern möglich sein“, bemerkte Huber und forderte die Bundesländer mit schlechten Regelungen auf, Einschränkungen und Hürden abzuschaffen, um die Politik bürgerfreundlicher zu machen. **DK**

der Minister am 12. Februar davon unterrichtet, dass die Verluste der BLB aus ihrem Engagement im US-Immobilienkreditgeschäft erst Ende April zur Vorlage des Geschäftsberichts genau zu beziffern seien. Er bestätigte aber, sie könnten höher sein als die im Dezember genannten 100 Mio. Euro. Am gleichen Tag teilte der BLB-Vorstand nach einer Sondersitzung mit, die Risiken könnten sich auf etwa 1,9 Mrd. Euro belaufen. Huber und auch Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Siegfried Naser vom Bayerischen Sparkassen- und Giroverband erklärten, vorher nicht unterrichtet gewesen zu sein.

Schmidt erklärt Rücktritt

Bei einer Ministerbefragung im Landtagsplenum auf Antrag der Grünen und dann erneut im Haushaltsausschuss in Beantwortung eines umfangreichen SPD-Fragenkatalogs blieb der Minister dabei, erst unmittelbar nach seinem Bericht am 12. Februar vom BLB-Vorstandsbeschluss des gleichen Tages erfahren zu haben, über den Korrektur- und Abschreibungsbedarf der Bank aktuelle Zahlen bekannt zu geben. Naser, eigens zur Ausschusssitzung gekommen, bestätigte Hubers Darstellung, räumte aber ein, die Informationspolitik des Bankvorstands hätte besser sein können. Künftig werde vierteljährlich berichtet. Vorstandsvorsitzender Werner Schmidt hat zum 1. März seinen Rücktritt erklärt.

Die Fraktionsvorsitzenden Franz Maget (SPD) und Dr. (Fortsetzung nächste Seite)

Ab in die Sonne!
Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

dem bundesdeutschen Durchschnitt von 9,0 Prozent. Müller: „Das zeigt, dass Wachstum Arbeitsplätze schafft. In kaum einem anderen Land sind die Arbeitsplätze sicherer und die Aussichten auf einen neuen Arbeitsplatz besser als in Bayern.“

Zwar „dürfte die wirtschaftliche Dynamik 2008 nicht mehr ganz das Tempo der vergangenen beiden Jahre erreichen, jedoch wird sich der Aufschwung in Bayern fortsetzen“, meinte Emilia Müller und ergänzte: „Ich halte in diesem Jahr ein Wachstum von bis zu 2,5 Prozent für erreichbar. Der Beschäftigungs-

so die Politikerin. Gleichzeitig warnte sie davor, die hohe Beschäftigungsdynamik durch flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne oder weitere branchenspezifische Mindestlöhne zu gefährden. Zudem müsse die Reform der Erbschaftsteuer die Familienunternehmen in Mittelstand und Handwerk effektiv entlasten.

Realistisches Energiekonzept

Bayerns Wirtschaftsministerin plädierte auch für ein realistisches Energiekonzept, das wett-

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Popp
97780 Gösenheim
am 2.3.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfred Hemrich
97237 Altertheim
am 28.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Schweiger
93356 Teugn
am 1.3.

Bürgermeister Rudi Eck
97437 Haßfurt
am 20.2.

Bürgermeister Josef Drexler
82288 Kottgeisinger
am 22.2.

Bürgermeister Dagobert Knott
93128 Regenstein
am 24.2.

Bürgermeister Michael Botzenhart
87781 Ungerthausen
am 28.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Bär
91189 Rohr
am 1.3.

Bürgermeister Wolfgang Kistner
90617 Puschedorf
am 3.3.

Bürgermeister Karl Baier
95237 Weißdorf
am 24.2.

Bürgermeister Josef Jahner
83349 Palling
am 26.2.

Bürgermeister Matthias Gundler
92723 Tannesberg
am 27.2.

Bürgermeister Ludwig Reger
92444 Rötzing
am 28.2.

Bürgermeisterin Marlies Häfner
86748 Marktöffingen
am 28.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Konrad Schickaneder
84104 Rudelzhausen
am 28.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Loth
82362 Weilheim
am 22.2.

Bayerischer Tourismustag 2008:

Visionen sehen, Chancen nutzen

Mit über 26 Millionen Ankünften konnte der Freistaat 2007 den vierten Gästerekord in Folge verbuchen. Die Frage, wie Bayern seine Spitzenstellung im Tourismus mittel- und langfristig behaupten kann, stand im Mittelpunkt des diesjährigen Bayerischen Tourismustags unter dem Motto „Tourismus in Bayern 2020. Visionen sehen. Chancen nutzen“.

In ihrer Eröffnungsrede rief Wirtschaftsministerin Emilia Müller zu mehr Investitionen und Innovationen auf. Der Bayern-Tourismus müsse sich zwar nicht neu erfinden, aber stetig weiterentwickeln. Bayern stehe in starker Konkurrenz zu den Alpenländern Österreich und Schweiz, weshalb „wir nie aufhören dürfen, besser zu werden und besser zu sein“, folgerte Müller.

Innovative Produkte

Nur wer in diesem Wettbewerb innovative Produkte vorweise, habe Chancen im zunehmenden Wettbewerb, fuhr die Ministerin fort. Zielgruppen der touristi-

des Gastgebers spürt. Die Förderungen für Qualität zur Stärkung im Wettbewerb müssten erweitert werden und Bayerns Tourismusplaner hätten die Aufgabe, lokale Innovationen anzustoßen, um Leuchttürme im Tourismus zu erschaffen, so Müller. In diesem Zusammenhang müsse die vor wenigen Wochen vorgestellte Studie zu einem Investitionsstau in Hotels und Pensionen ungeachtet aller zwischenzeitlichen Verbesserungen sehr ernst genommen werden.

Wie wir reisen werden

Deutschlands renommiertester Trendforscher Matthias Horx lie-

GmbH, Claudia Gilles, Geschäftsführerin des Deutschen Tourismusverbandes und Bayerns Rodel-Shootingstar Natalie Geisenberger teilnahmen.

Savannen- und Dschungelmärkte

Während die industrielle Gesellschaft durch Savannenmärkte geprägt war - Märkte, die übersichtlich waren und bei denen Konkurrenten in frühen Stadien identifiziert werden konnten - herrschen Horx zufolge heute Dschungelmärkte vor.

Multioptionales Entscheidungsverhalten, ein extrem differenziertes und kurzlebiges Angebot sowie unklare Konsumverhalten und Konsumentscheidungsverhalten führten zu einem dschungelhaften Durcheinander in der Tourismusbranche. Während früher jedes Jahr ein Sommer-, ein Winterurlaub und ein Besuch bei Verwandten die Norm gewesen sei, gebe es heute oftmals ein ganzes Bündel an Urlaubsmotiven, bei Reisen würden neue Qualitäten gesucht.

Mut zum Ungewöhnlichen

Neue Märkte bildeten sich aus der Rekombination der zentralen vier Tourismuskategorien Service, Luxus, Discount und Entertainment zu neuen Produkten. Als Beispiel nannte Horx die Airline JetBlue in den USA, die Flüge im Ledersessel mit viel Beinfreiheit und individueller Betreuung zu Niedrigpreisen anbietet oder Zara Mode aus Spanien, die hochwertige Mode zu guten Preisen in Toplage offeriert. In beiden Fällen, die den Mut zum Ungewöhnlichen Neuen charakterisierten, seien zwei früher als konträr eingeschätzte Eigenschaften kombiniert worden.

Storytelling für die Region

In erster Linie, so Matthias Horx, helfe es den Destinationsorganisationen in der diversifizierten Tourismuswelt, wenn sie

Anzeigen in der GZ
Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele
Telefon: 08171/9307-11
Fax: 08171/80514
Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>
eMail: info@gemeindezeitung.de

schen Neuzeit von heute seien die Singles, die Älteren und allgemeine wachsende heterogene Gruppen. Konkret möchte sich Bayern zukünftig noch stärker im Radtourismus, in den potentialreichen Märkten China, Russland und Indien und weiterhin mit dem erfolgreich aufgebauten „Bayern-Image“ positionieren.

Qualität fördern

Qualität solle als das definiert werden, was der Gast an Einsatz

Die belastbaren ...

(Fortsetzung von Seite 2)
Sepp Dürr (Grüne) unterstellten Huber, Beckstein und der CSU, mit Rücksicht auf die Kommunalwahl am 2. März geschwiegen zu haben. Schmidts Rücktritt sei ein Bauernopfer, meinte Eike Hallitzky (Grüne). SPD-Fraktionsvize Dr. Thomas Beyer forderte, Huber müsse dem Beispiel Schmidts folgen. Die Grünen waren gleicher Meinung. CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid und Haushaltsausschussvorsitzender Manfred Ach sehen keinen Grund für einen Rücktritt Hubers. Sie sprachen ihrerseits von einem plumpen Wahlkampfmanöver der Opposition. Im Ausschuss stellten sich Engelbert Kupka und Monika Hohlmeier namens der CSU hinter Huber.

Es ging im Kern um seine Erklärung, ihm hätten bis zum 12. Februar keine „belastbaren“ Zahlen über Korrektur- und Abschreibungsbedarf der BLB vorgelegen. Vorsitzendstellvertreter Jürgen Dupper und Werner Schieder (beide SPD) sowie Thomas Mütze (Grüne) blieben beim Vorwurf der Unwahrheit und Lüge. Die Grünen denken an einen Untersuchungsausschuss. Maget zweifelte, dass ein solcher bis zum Ende der Legislaturperiode mit den letzten Landtagssitzungen Mitte Juli zum Schlussbericht kommen könnte. Dürr meinte, der neue Landtag könnte die Untersuchungen fortsetzen (vgl. S. 4). **rm**

ferte mit dem Impulsreferat „Die Zukunftsgesellschaft - Wie wir reisen werden“ Anregungen zur anschließenden Podiumsdiskussion, an der neben Horx der Tourismus-Beauftragte der Bundesregierung Ernst Hinsken, Gemeindegast Dr. Uwe Brandl, Michael Pütter, Vice President Sales and Marketing der Althoff Hotel Gruppe, Richard Adam, Geschäftsführer der Bayern Tourismus Marketing

Fünf Millionen Besucher:

Schlösserverwaltung im Aufwind

„2007 war das Jahr der Rekorde! Fünf Millionen Besucher lockten die von der Bayerischen Schlösserverwaltung betreuten Schlösser, Burgen und Residenzen im vergangenen Jahr an. Damit kamen 2,7 Prozent mehr Gäste als im Jahr zuvor. Die Bayerischen Schlösser sind im Aufwind“, stellte Finanzminister Erwin Huber bei der Bilanzpressekonferenz zur Arbeit der Bayerischen Schlösserverwaltung im Jahr 2007 fest.

Publikumsmagnet mit über 1,36 Millionen Besuchern war auch letztes Jahr wieder Schloss Neuschwanstein, das ein Plus von über 8,4 Prozent erzielen konnte. Weitere Glanzpunkte der Besucherbilanz sind die Königsschlösser Linderhof und Herrenchiemsee, die zusammen ebenfalls fast eine Million Besucher zählten. Das Neue Schloss auf Herrenchiemsee besichtigten dabei rund sieben Prozent mehr Besucher als im Vorjahr und auch Schloss Linderhof mit seinen Parkbauten konnte ein sattes Plus von 5,4 Prozent vorweisen, hob Huber erfreut hervor. Aber auch die weniger bekannten Kleinode konnten ihre Besucherzahlen teilweise erfreulich steigern. Die Burg Trausnitz in Landshut wollten knapp elf Prozent mehr Besucher als im Vorjahr sehen. Besonderes Highlight war hier zudem das Gartenfestival im Mai 2007, das allein rund 41.000 Besucher anlockte. Auch die Kaiserburg in Nürnberg konnte ein Plus von rund zehn Prozent verbuchen.

Ein Höhepunkt der Schlösserverwaltung im vergangenen Jahr war, so Huber, die Sonderausstellung „Kaiserräume - Kaiser-

träume. Forschen und Restaurieren in der Bamberger Residenz“, die in der Neuen Residenz Bamberg stattfand. Sie trug zu dem stolzen Besucherzuwachs von knapp 44 Prozent bei. Die Schlösserverwaltung habe mit dem Konzept, notwendige Restaurierungsarbeiten mit einer Ausstellung zu verknüpfen, neue Maßstäbe gesetzt, hob Huber hervor.

Einnahmensteigerung

Die Einnahmen der Schlösserverwaltung stiegen 2007 um gut acht Prozent auf über 50 Millionen Euro. Diese Grenze wurde dabei erstmals in der Geschichte der Schlösserverwaltung überschritten. Bei den Eintrittsgeldern ergab sich dabei eine Steigerung um zehn Prozent auf über 18,5 Millionen Euro. Der wachsende Geschäftsbereich Vermietung und Verpachtung fuhr ein Ergebnis von 21,1 Millionen Euro ein. Dies stellt ein Plus von 3,1 Prozent dar. Auf der Ausgabe Seite ist ein Betrag von 94 Millionen Euro zu verbuchen. Größte Position sind die Bauausgaben mit knapp 38 Millionen Euro. Die Schlösserverwaltung

GZ Kolumne Gerhard Weber

Liebe Leserinnen und Leser!

Immer wieder erschüttern Verbrechen an kleinen Kindern unser Land. Von Kevin bis Lea-Sophie reicht die Reihe von Kindern, die von ihren Eltern so schwer vernachlässigt wurden, dass sie zu Tode kamen.

Alle Jugendämter sehen den Schutz von Kindern vor Misshandlungen und Tötungen als herausragende Aufgabe an. Die Jugendämter können allerdings erst dann tätig werden, wenn sie über kritische Fälle Kenntnis erlangt haben. Deshalb ist es von größter Bedeutung, dass

Kinderschutz hat Vorrang!

die Jugendämter rechtzeitig über Verdachtsfälle informiert werden. Es muss deshalb sowohl für das private Umfeld als auch für Institutionen eine besondere Verpflichtung sein, auf Anzeichen für eine Gefährdung von Kindern zu achten. Es wäre völlig falsch, wenn Nachbarn, Freunde oder Verwandte es als gemeine Denunziation betrachten würden, wenn sie besorgniserregende Erkenntnisse über Kinder den zuständigen Behörden mitteilen. Gesundheitswesen, Schule, Kinderbetreuungseinrichtungen, Justiz, Polizei und Jugendhilfe müssen zum Wohl der Kinder noch enger zusammenarbeiten.

Es darf auch nicht sein, dass der Datenschutz vor dem Kinderschutz kommt. Eine Lockerung des Datenschutzes muss deshalb in Erwägung gezogen werden, damit sich Eltern nicht durch Schulwechsel, Umzug oder Arztwechsel den

notwendigen Maßnahmen entziehen können.

Die schwierige Arbeit der Jugendämter könnte auch dadurch erleichtert werden, dass ihre Maßnahmen nicht in manchmal unsachlicher und ungerechtfertigter Weise von den Medien „zerrissen“ werden. Wer kennt sie nicht, die immer wiederkehrenden Geschichten vom „bösen“ Jugendamt, das einer „braven“ Familie scheinbar grundlos die Kinder wegnimmt? Wegen der Wahrung des Sozialgeheimnisses können sich die Jugendämter in solchen Fällen in der Regel auch nicht ausreichend zur Wehr setzen. Wen aber würde es wundern, wenn ein dermaßen „geprügeltes“ Jugendamt beim nächsten Fall vielleicht zu lange mit einschneidenden Maßnahmen warten würde?

Positiv sind die Pläne des Bundesjustizministeriums zu bewerten, dass nicht nur die Jugendämter, sondern auch die Familiengerichte bei Anzeichen für eine Gefährdung des Kindeswohls auf die Eltern einwirken können. Ebenso könnte die gesetzliche Verpflichtung zur Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen des Kinderschutzes verbessert werden; hier muss allerdings zunächst der Gesetzgeber tätig werden.

Trotz aller Bemühungen führt an der traurigen Wahrheit kein Weg vorbei, dass in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft ein hundertprozentiger Schutz der Kinder nicht erreichbar sein wird. Aber dennoch müssen schnellstens auf allen Ebenen alle Erfolg versprechenden Maßnahmen umgesetzt werden, um den Schutz unserer Kinder weiter zu verbessern.

Gerhard Weber

ein „Storytelling“ für die Region entwickelten. Regionen dürften sich nicht mehr über Verwaltungsgrenzen, sondern nur mehr über die Topographie der Erlebnisräume konstituieren. Als Beispiel nannte der Zukunftsforscher die eigentlich vor Ressourcen platzende Region Bodensee, die aufgrund ihrer Drei-Länder-Lage noch immer kein einheitliches Marketingkonzept erfahren habe. **DK**

eigene Ausstellung gewidmet.

Zu den wichtigsten Bauvorhaben, die 2008 abgeschlossen werden können, zählt die Sanierung des Mittelbaus des Schlosses Nymphenburg. Diese führt zu erheblichen Verbesserungen der Besuchereinrichtungen und wird bis Mitte des Jahres beendet werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf knapp fünf Millionen Euro. Voraussichtlich im September wird mit dem italienischen Bau die seit 1980 laufende Gesamtbaumaßnahme im Neuen Schloss Bayreuth vollständig fertig gestellt sein. Investiert werden hier 13,1 Millionen Euro. Die Instandsetzung und Restaurierung des Cuvillies-Theaters in der Residenz München mit Gesamtkosten von 24,5

Millionen Euro wird mit der Wiedereröffnung am 14. Juni 2008 abgeschlossen. Dies sei, so Huber, der Beitrag des Freistaats Bayern zur 850-Jahr-Feier der Stadt München.

Ewig blühe Bayerns Land

„Ganz zum Schluss möchte ich Ihnen noch einen Ausblick auf das Jahr 2009 geben: Eine Ausstellung in Landshut zu Herzog Ludwig X. und der Renaissance. Parallel zur Landshuter Hochzeit wird diese vom 28. Mai bis 29. September 2009 in der Landshuter Stadtrésidenz mit dem Thema „Ewig blühe Bayerns Land - Herzog Ludwig X. und die Renaissance“ stattfinden“, schloss Huber. **□**



Das Schloss aus dem die Träume sind: Neuschwanstein! Den „Kini“, König Ludwig II., hat es den Thron - und wohl auch das Leben - gekostet. Angeblich war der Staat hochverschuldet wegen der Bautätigkeit seines Herrschers. Aber seither streicht die bayerische Schlösser- und Seenverwaltung vor allem mit den Eintrittsgeldern für die Prachtbauten des Märchenkönigs jedes Jahr stattliche Summen ein - von der Magnetwirkung für den internationalen Fremdenverkehr ganz zu schweigen. **□**

Sparkassenpräsident Naser zum BayernLB-Milliardenrisiko:

„Von Krise kann keine Rede sein“

Nach wie vor hohe Wellen schlägt die Milliardenbelastung der BayernLB. In deren Folge trat vergangene Woche Vorstandsvorsitzender Werner Schmidt zurück (siehe Kasten). Nach wie vor konfrontiert mit Rücktrittsforderungen der Landtagsopposition sieht sich indes Finanzminister Erwin Huber, der angeblich zu spät über mögliche Einbußen der BayernLB informiert hatte. In einem Gespräch mit der GZ hat der Präsident des bayerischen Sparkassenverbandes, Siegfried Naser, Huber nun gegen den Vorwurf der Lüge verteidigt und die Situation der Landesbank ins rechte Licht gerückt.

Er und Huber hätten erst am 13. Februar bei einer Sitzung des BayernLB-Verwaltungsrats belastbare Zahlen erfahren, betonte Naser. Diese Zahlen seien gegenüber Informationen vom Tag zuvor abermals geändert gewesen. Wie inzwischen bekannt ist, wird die BayernLB durch die US-Immobilienkrise und die internationale Bankenkrise mit mindestens 1,9 Milliarden Euro belastet. Naser sagte, im vergangenen halben Jahr seien von der BayernLB intern wöchentlich neue Zahlen mitgeteilt worden.

Kommunikationspanne

Der Bankvorstand habe dem Verwaltungsrat stets mitgeteilt, dass erst Ende Februar belastbare Zahlen verfügbar seien. Am 12. Februar habe der Vorstand dann plötzlich doch Zahlen veröffentlichten wollen, um auf öffentliche Spekulationen zu reagieren. Dies sei auch für ihn überraschend und eine Abkehr von der bisherigen Strategie gewesen. Hier handle es sich eindeutig um eine „Kommunikationspanne“.

Laut Naser, der auch Chef des BayernLB-Verwaltungsrates ist,

steckt die BayernLB in keiner Krise. Es sei ein völliges Missverständnis, von Verlusten in Höhe von 1,9 Milliarden Euro zu sprechen. Aktuell habe das nach



Dr. Siegfried Naser.

wie vor gesunde Kreditinstitut einen Betrag im niedrigen zweistelligen Millionenbereich verloren „und wir rechnen im

schlimmsten Fall mit echten Verlusten von maximal 150 Millionen Euro“. Die 1,3 Milliarden Euro hätten nach derzeitigem Kenntnisstand keine realen Auswirkungen und soweit Buchwertabschreibungen über diese 150 Millionen Euro hinaus veranlasst sind, erwarte man darauf nach heutigem Kenntnisstand auch keine Ausfälle.

Kommt nun doch die SüdLB?

Tatsache sei, so Naser, dass das Geschäftsmodell der Landesbank „nach wie vor tragfähig“ ist. Als international erfolgreiche Geschäftsbank mit 16.000 Mitarbeitern, die den größten Teil ihrer Geschäfte außerhalb Bayerns tätigen, sei es vollkommen normal, sich auch auf dem internationalen Wertpapiermarkt zu engagieren. Im Übrigen habe die BayernLB hier „immer sehr risikobewusst und seriös investiert“. Was morgen ist, könne allerdings niemand sagen, weil man nie wisse, „welche Überraschungen die Verwerfungen an

Staat und Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1) Beckstein ab. Namens der CSU-Fraktion stellte sich Vorsitzender Georg Schmid voll zu Becksteins Regierungserklärung.

SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget bezeichnete Becksteins Rede als „ein sonntägliches Hochamt mit viel Weihrauch und wenig Substanz“. Die Liste der Versäumnisse sei lang, selbst CSU-Mandatsträger seien unzufrieden. Er zitierte den Rundbrief des Gemeindetagspräsidenten Uwe Brandl, in dem auch vom Hochamt mit Weihrauch die Rede war, dieweil die Kommunen im Alltag für jeden noch so kleinen Erfolg rackern müssten und sich einem geschlossenen Verbund ebenso kenntnis- wie fintenreicher Politiker und Ministerialbeamten gegenüber sähen. Beckstein antwortete, er habe sich mit Brandl ausgesprochen, der kein einfacher Mensch sei, aber die Leistungen des Freistaats durchaus anerkenne.

Staatliches Gängelband

Maget hielt Beckstein u.a. eine schlechte Schulpolitik und zu geringe Zuschüsse für den Ausbau von Kinderbetreuungsstätten vor und erinnerte daran, dass der Innenminister Beckstein vor einigen Jahren noch skeptisch zur Konnexität gestanden habe. Die Staatsregierung betreibe Kommunalpolitik nach Gutsher-

den Finanzmärkten uns noch bringen werden“.

Inzwischen wurde aus Medienberichten bekannt, dass die Vertreter der bayerischen Sparkassen ein Angebot von Finanzminister Erwin Huber annehmen möchten, dem Freistaat eine Mehrheit an der BayernLB abzukaufen. Damit eröffnet sich den Sparkassen die Chance, sich von staatlicher Einflussnahme unabhängig zu machen. Die schon länger diskutierte Fusion mit der Landesbank Baden-Württemberg steht mit diesem Schritt erneut auf der Agenda.

Vertrauensvolle Beratungen

Dem Vernehmen nach denken Bayerns Sparkassenpräsident Naser und sein Kollege aus dem Nachbarland, Peter Schneider, schon länger darüber nach, inwieweit eine Verschmelzung der beiden süddeutschen Landesbanken nationalen und internationalen Geschäften zugute käme. Die neue SüdLB könnte eine ganz normale Geschäftsbank werden, freier von staatlichem Einfluss; beherrschende Anteilseigner blieben die Sparkassen. Ob man später an die Börse geht, wäre vorerst vollkommen offen.

renart. Bei der Einweihung eines Bauwerks sei sie immer dabei, auf zugesagte Staatszuschüsse aber müssten die Gemeinden jahrelang warten. Dazu kündigte Beckstein Verhandlungen mit den Spitzenverbänden über konkrete Vertragsabschlüsse an.

Ins gleiche Horn blies Grünen-Fraktionschef Dr. Sepp Dürr. Ein paar Euro hier und da mehr ändere nichts daran, dass die Staatsregierung den Kommunen das Wasser abgrabe oder sie am staatlichen Gängelband halte. Beide Oppositionsführer kristisierten, dass Beckstein mit keinem Wort auf die Milliardenverluste der Bayerischen Landesbank durch Geschäfte mit amerikanischen Immobilienkreditmarkt eingegangen sei, wo doch Staat und Sparkassen und somit auch die Kommunen davon berührt werden. Das Thema war dann im Landtag anschließend Gegenstand einer Befragung von Finanzminister Erwin Huber als Mitglied des BLB-Aufsichtsrates. **rm**

Die BayernLB gehört derzeit dem Freistaat Bayern und den von den Kommunen getragenen Sparkassen jeweils zur Hälfte. Bei den Sparkassendirektoren scheint es schon länger zahlreiche Befürworter für eine „Südschiene“ - also die Verschmelzung der beiden Landesbanken - zu geben.

In einem Pressestatement des Sparkassenverbandes Bayern vom vergangenen Montag heißt es dazu lapidar: „Die Eigentü-

Zeitgenössische Kunst ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Themenreihen gliedern die bayernweite Veranstaltung: In den Städten stehen der Kunst Museen, Galerien und der öffentliche Raum zur Verfügung. Museen sind für die Begegnung mit Kunst geschaffen, fungieren als kulturelle Gedächtnisse und sind Identifikationsfaktoren der Städte. Kunst im öffentlichen Raum hat es oft schwer, im Rahmen der kommerziellen Medienpräsenz wahrgenommen zu werden. Gelingt es ihr, dann erregt sie oft Anstoß. Sie kann aber auch ein Katalysator für Diskurse und neue Entwicklungen der Städte sein. Wie präsent ist die Kunst in unseren Innenstädten? Im Kontext dieser Reihe steht auch der Beitrag mit dem sich die Bayerische Architektenkammer beteiligt.

Grüne Gürtel? Bayern ist ein Flächenstaat. Sein Bild wird stark durch die bayerischen Landschaften geprägt. Aus der Sicht der Stadt wird der ländliche Raum zum Ort für Freizeit und Erholung, zum grünen Gürtel, zur Natur. Welche Kunsträume sind hier entstanden? Welche kulturellen Impulse lassen sich sinnvoll weiterentwickeln? Zwei Regionen sind auf dem Weg, sich über die Kunst neu zu finden. Unter dem Motto „Kunst im Fluss“ wird sich die Altmühl-Donauregion vorstellen, unter dem Titel „Standpunkte-Landeplätze“ definiert sich die Oberpfalz als zeitgemäße Kulturregion.

Virtuelle Räume

Verflüssigungen. Räume definieren sich über ihre Begrenzungen. Der grenzenlose Raum ist nicht erfahrbar. Die Begrenzung des Raums kann aber auch Erstarrung bedeuten - zumal, wenn

mer der BayernLB haben sich darauf verständigt, am 4.3.2008 die Vorstellungen des Vorstands zur Zukunft der BayernLB zu beraten. Beratungen über grundsätzliche strategische Weichenstellungen können erst erfolgen, wenn sich die Finanzmärkte normalisiert haben und die Auswirkungen der Subprime-Krise belastbar festgestellt werden können. Die Eigentümer werden vertrauensvoll gemeinsam weiter beraten.“ (vgl. S. 2). **DK/GZ**

man den Raum nicht nur architektonisch denkt, sondern gesellschaftlich, kulturell oder als intellektuelles Konstrukt. Mit den neuen Medien und dem Internet sind virtuelle Räume entstanden. Projekte von 14 Schulen wurden langfristig in Zusammenarbeit mit der Reihe „transform“ der Kunstakademie München unter der Leitung von Prof. Dr. Kirshenmann vorbereitet und mit Unterstützung der Kommunen für das Festival vor Ort realisiert.

Die Veranstaltung steht unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein. Sie wird gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, den Bezirken Oberbayern und Mittelfranken und jeweiligen Förderern und Sponsoren vor Ort. **DK**

Folgende Städte werden sich beteiligen: Altdorf, Aichach, Amberg, Ansbach, Bad Kissingen, Bobingen, Cham, Coburg, Dasing, Eggenfelden, Erlangen, Eichstätt, Feuchtwangen, Flossenbürg, Forchheim, Frauenua, Friedberg, Fronberg, Ingolstadt, Fürth, Landsberg, Gerolzhofen, Landshut, Herzogenaurach, Mainburg, Kitzingen, Kötzing, Manching, Lohr, Miesbach, Markttheidenfeld, Neuburg, Neumarkt, Neustadt/Donau, Neustadt a.d. Waldnaab, Nürnberg, Pfaffenhofen, Regensburg, Rosenheim, Roth, Rothenburg, Scheyern, Schönsee, Schrobenehausen, Schwarzenbach/Saale, Schweinfurt, Traunstein, Sulzbach-Rosenberg, Unterschleißheim, Vohburg, Weiden, Wending, Wunsiedel, Würzburg, Pertolzshofen. **DK**

BayernLB mit neuem Vorstandsvorsitzenden:

Auf Schmidt folgt Kemmer

Der Vorstandsvorsitzende der BayernLB, Werner Schmidt, wird zum 1. März sein Amt niederlegen. Dies hat er dem Verwaltungsrat bekannt gegeben. Gleichzeitig wurde das bisherige Vorstandsmittglied Dr. Michael Kemmer zum Vorstandsvorsitzenden berufen. Kemmer, gelernter Bankkaufmann und Betriebswirt, gehört dem Vorstand der BayernLB seit 1. Juli 2006 an. Davor war er von Juni 2003 bis Dezember 2005 Mitglied des Vorstandes der HVB Group. Von 1996 bis 2003 leitete er den Zentralbereich Konzern-Rechnungswesen und -controlling der Hypo Vereinsbank, München.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats der BayernLB, Dr. Siegfried Naser, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, und der stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrats, Finanzminister Erwin Huber, dankten Werner Schmidt, der im Juni 2001 den Vorstandsvorsitz in der BayernLB übernommen hatte, für seine langjährige Tätigkeit. „Werner Schmidt hat den Vorstandsvorsitz der BayernLB in einer schwierigen Zeit übernommen und die Bank in Zeiten großer Umbrüche fit für die Zukunft gemacht. Die Neuausrichtung der BayernLB als Antwort auf den Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung ist das Verdienst von Werner Schmidt. Sein besonderes Anliegen war die Sicherstellung des öffentlichen Auftrages der Bank, gemeinsam mit den Sparkassen für Wirtschaft und Private flächendeckend Finanzdienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Früh erkannte Werner Schmidt auch die Zukunftschancen von Wachstumsmärkten und setzte hierbei auf eine zukunftsrichtige Beteiligungsstrategie.“ **DK**

STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU

KOMMUNALE ENTWICKLUNG

WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU

Bayerische Landessiedlung®

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München

Tel. (0 89) 23 87-0
Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Gemeinde- und Projektentwicklung in Partnerschaft mit den Kommunen

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Breitband für Bayern ...

(Fortsetzung von Seite 1)

bandberater zügig tragfähige und kostengünstige Lösungen erreicht werden. Das Engagement der Gemeinden ist auch in Zukunft unverzichtbare Voraussetzung für rasche Fortschritte auf dem Weg zur bayernweiten Versorgung mit Breitband-Internet.

Finanzielle Förderung

Um die Kommunen bei der Schließung vorhandener Lücken im Angebot schneller Internetzugänge noch besser zu unterstützen, wird der Freistaat zukünftig den Ausbau breitbandiger Infrastruktur auch finanziell fördern. Insgesamt stehen in den Jahren 2008 bis 2010 hierfür 19 Mio. zur Verfügung. Der Ministerrat hat am 19. Februar die Eckpunkte für die Förderrichtlinie verabschiedet. Nach der notwendigen Notifizierung bei der Europäischen Kommission soll sie nach Möglichkeit noch im April in Kraft treten. Gemeinden und Gemeindeverbände können dann Förderanträge bei den zuständigen Regierungen einreichen.

Die Obergrenze für eine Förderfähigkeit liegt bei 10.000 Einwohnern pro Gemeinde. Unabhängig von der Einwohnerzahl können bedarfsgerechte Breitbanderschließungen von Gewerbegebieten oder Mischgebieten

grundsätzlich immer bezuschusst werden. Förderfähig sind vor allem Zuschüsse der Kommunen an Netzbetreiber, um Wirtschaftlichkeitslücken für Investitionen in Breitbandinfrastrukturen zu schließen. Unter bestimmten Bedingungen werden wir auch Investitionen der Kommunen in den Auf- oder Ausbau eigener Breitbandinfrastrukturen fördern. Die Höhe der Förderung soll je Gemeinde bis zu 50% der Zuwendungen betragen, höchstens jedoch 55.000 einschließlich von Machbarkeitsstudien und Planungsarbeiten.

Pilotprojekte

Projekte mit Pilotcharakter können bis maximal 100.000 gefördert werden. Bei Vorhaben, die auf die Errichtung von überörtlichen Netzstrukturen zur Versorgung mehrerer Gemeinden ausgerichtet sind und die leistungsfähigere Breitbandstrukturen ermöglichen, kann die Förderhöhe je beteiligter Gemeinde bis auf höchstens 75.000 angehoben werden. Machbarkeitsstudien und Planungsarbeiten sind, sofern es zu keiner Förderung einer Gesamtmaßnahme kommt, auch alleine mit bis zu 5.000 förderfähig.

Hauptziel unserer Förderung ist eine flächendeckende Grund-

versorgung mit Bandbreiten von 1 bis 3 Mbit/s beim Download. Sofern der Bedarf für noch leistungsfähigere Anschlüsse substantiell begründet werden kann, sind z. B. auch glasfaserbasierte Lösungen förderfähig. Solch ein Bandbreitenbedarf ist insbesondere bei Unternehmen bzw. Gewerbebetrieben denkbar.

Auswahlverfahren

Bei Zuwendungen an einen Netzbetreiber muss dieser in einem offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Auswahlverfahren bestimmt werden. Die EU-Kommission gibt dabei ein technologie- und anbieterneutrales Vorgehen vor. Das Auswahlverfahren kann in Form einer Ausschreibung oder durch Einstellung der Aufforderung zur Abgabe einer Offerte in das Online-Portal der Breitbandinitiative Bayern zusammen mit einer Veröffentlichung im örtlichen Amts- oder Mitteilungsblatt erfolgen.

Bayern ist mit der Breitbandinitiative und dem neuen Förderprogramm auf einem sehr guten Weg. Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam mit den Kommunen bis zum Jahr 2010 unser Ziel der flächendeckenden Versorgung mit Breitbandinternet erreichen werden. **DK**

Umweltstaatssekretär Huber beim bvse-Landesverband Bayern:

Klares Plädoyer für Mülltrennung

Nürnberg. Mehr als 50 Gäste aus ganz Bayern konnte die bayerische Landesvorsitzende des Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung, Christiane Haensch, beim Neujahrsempfang in Nürnberg begrüßen. Der inzwischen schon zur Tradition gewordene Empfang, wurde zudem auch von bvse-Präsident Burkhard Landers, Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock und dem Bayern-Referenten Dr. Thomas Probst besucht. Die Neujahransprache hielt der neue Staatssekretär im bayerischen Umweltministerium Dr. Marcel Huber. Sein öffentlicher Einstand in die bayerische Recycling- und Entsorgungspolitik stieß auf große Zustimmung und seine Neujahransprache auf viel Beifall.

Bayern hält an der getrennten Wertstoffsammlung fest, betonte Huber. „Die getrennte Erfassung von Bioabfall, Glas, Papier, Kunststoff und Elektroschrott sichert einen hohen Sortierungsgrad und macht diese Abfälle so zu wertvollen Ersatzrohstoffen auf einem Markt mit knappen und teuren Rohstoffen“, machte Huber deutlich.

So konnte seit den 90er Jahren die Verwertungsquote auf rund 72 Prozent verdreifacht und die Reststoffmenge auf 2,4

Für kleinere Kommunen:

Kostengünstige Müllverwertung

Eine Forschergruppe des Istituto di Studi sui Materiali Nanostrutturati hat eine neuartige Müllverwertungsanlage entwickelt. Mit dem als „Total house waste recycling“ (Thor) bekannten Verfahren können nicht nur wieder verwendbare Rohstoffe gewonnen, sondern auch Schadsubstanzen ausgesondert und Brennstoff hergestellt werden.

Herzstück der in Capod'Orlando bei Messina errichteten Pilotanlage ist ein Mahlwerk, in dem der in Säcken angelieferte unsortierte Hausmüll zerkleinert und als erstes von seinen Metallanteilen befreit wird. Es entsteht ein aus kleinsten Partikeln bestehendes mehliges Gemisch, das unter Einwirkung eines Gebläses in seine Bestandteile zerfällt. Infolge des unterschiedlichen spezifischen Gewichts der einzelnen Schwebstoffe werden die restlichen Metalle, Chlorate und Farbstoffe ausgeschieden. Zurück bleibt eine organische Masse, die nach ihrer Trocknung in Öfen oder Verbrennungsanlagen ohne die Freisetzung von Dioxin oder anderen Schadstoffemissionen genutzt werden kann.

Sinnvolle Technik

„Selbst ausgediente, wegen ihrer toxischen Substanzen ungenutzte als Brennstoff eingesetzte Schienenfundamente aus Holz können somit sinnvoll wiederverwendet werden“, erklärt hierzu Projektleiter Paolo Plescia. Die Technik eigne sich besonders für kleine und mittlere Gemeinden, die wenig Platz und Geld für die Müllentsorgung haben. Da die Müllsäcke sofort verarbeitet werden, entstehe weder Lagerbedarf noch Geruchsbelästigung. Wegen ihrer geringen Abmessungen könne sie auch mobil oder in Notstandssituationen eingesetzt werden.

Für die Installation einer auf eine Leistung von vier Tonnen je Stunde ausgelegten Anlage werden 300 Quadratmeter Fläche benötigt. Die Anschaffungskosten betragen zwei Mio. Euro. In einer Kleinstadt mit 30.000 Einwohnern, so der italienische Wissenschaftler, kann Thor die täglich anfallenden 50 Tonnen Müll in 30 Tonnen Brennstoff, drei Tonnen Glas, zwei Tonnen Metalle und eine Tonne Feststoffe umwandeln. Die Betriebskosten lägen mit 40 Euro je Tonne deutlich unter denen einer Deponie oder einer Müllverbrennungsanlage. DK

koppeln. Trotz eines Wirtschaftswachstums von mehr als 20 Prozent und 1 Million Einwohner mehr ist das Abfallaufkommen bei etwa 6 Millionen Tonnen stabil. Pro Kopf und Jahr fallen damit etwa 500 Kilogramm Abfall an.

Hohe Einsparung

Die stoffliche und energetische Verwertung des Abfalls schon auch das Klima: 3,6 Millionen Tonnen CO₂ weniger gelangen in die Atmosphäre. Huber: „Würde der heute anfallende Restmüll wie früher unbehandelt deponiert, ergäbe sich

Millionen Tonnen mehr als halbiert werden.

Stabiles Aufkommen

Huber: „Bayern konnte Wachstum und Abfallaufkommen ent-

wegen der besonders klimaschädlichen Methangasentwicklung sogar eine Belastung von vergleichsweise 9,6 Millionen CO₂. In der Summe ergibt dies für Bayern eine Einsparung von mehr als 13 Millionen Tonnen CO₂. Hier müssen die anderen Mitgliedstaaten noch nachziehen. Mehr als 130 Millionen Tonnen CO₂ ließen sich in Europa damit einsparen.“

Die Weichen gestellt

Bayern habe frühzeitig die Weichen für eine gute Verwertung und ausreichende Kapazitäten für eine Behandlung der Abfälle vor der Ablagerung gestellt. Für die thermische Behandlung mit Energiegewinnung stehen in Bayern 16 Anlagen zur Verfügung. Ein Netz von 1.700 Wertstoffhöfen und 18.000 Containerstandorten sichert die stoffliche Verwertung der Abfälle aus den Haushalten. □

Mit Bioabfall heizen, düngen oder Strom erzeugen

Studie zeigt ökologisch beste Verwertung

Die verschiedenen Verfahren zur Verwertung von Bioabfall und Grüngut werden derzeit auf den Öko-Prüfstand gestellt. Anlässlich der offiziellen Inbetriebnahme der neuen Bioabfallvergärungsanlage der Stadt München verwies Umweltstaatssekretär Marcel Huber auf eine neue Studie des bifa Umweltinstituts Augsburg, die Ende 2008 vorliegen soll.

In den letzten 15 Jahren hat sich die Sammelmenge von Bioabfall und Grüngut fast verdreifacht. „Mit Bioabfall lässt sich heizen, düngen oder Strom erzeugen. Zur Optimierung der verschiedenen Verwertungsverfahren wollen wir den zuständigen Kommunen eine praktische Entscheidungshilfe an die Hand geben“, betonte Huber. Die vom Umweltministerium in Auftrag gegebene Arbeit beinhaltet exemplarische Fallstudien in zwei Kommunen. Geplant sind dazu auch Informationsveranstaltungen für die entsorgungspflichtigen kreisfreien Städte, Landkreise und Zweckverbände. Für die Verwertung von Bioabfall stehen etwa 300 Kompostier- und 15 Vergärungsanlagen zur Verfügung. Die neue Anlage in München kann rund zwei Drittel der Gesamtmenge aller Münchner Biotonnen zu Strom verarbeiten und damit 375.000 Liter Heizöl ersetzen. □

„Papa spart jetzt 150 Euro beim Strom – mach' das mal nach!“



Senken Sie Ihre Stromkosten mit dem EnergieSpar-Paket von E.ON Bayern um 150 Euro.*

Das alles ist drin:

- kostenloser individueller EnergieSpar-Check
- EnergieSpar-Tipps, mit denen Sie 150 Euro* sparen
- hilfreiche Checklisten zum Beispiel zum Kauf von neuen Haushaltsgeräten

Auf der EnergieSpar-Tour in Ihrer Nähe oder im Internet:

www.eon-bayern.com/energiesparen

Mit Sicherheit faire Preise

e-on | Bayern

*Einsparpotenzial bei einem 4-Personenhaushalt.

Umweltbericht Bayern 2007:

Positive Tendenz

Dass Wirtschaftswachstum und Umweltschutz in Bayern keinen Gegensatz darstellen, dokumentiert der von Staatsminister Otmar Bernhard jüngst vorgestellte Umweltbericht 2007. Wichtige Umweltindikatoren zeigen hierbei einen positiven Trend: Beispielsweise ist der Energieverbrauch im Zehn-Jahres-Trend erstmals seit vielen Jahren nicht weiter gestiegen. Zudem hat der Ausstoß des klimaschädlichen CO₂ messbar abgenommen und konnte vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden.

Auch ist die Qualität von Grundwasser, Flüssen und Seen ungeboren hoch; immer mehr Flächen werden für Naturschutzgebiete gesichert. Zugenommen haben dagegen die Gefährdung wertvoller Tier- und Pflanzenarten, der Flächenverbrauch sowie die Lärmbelastung der Menschen, vor allem in Ballungsgebieten. Fakt ist: Der Nutzungsdruck auf Bayerns Natur und Umwelt wird weiter zunehmen. Schließlich hat Bayern mit 7,5 Prozent das bundesweit stärkste Bevölkerungswachstum zu verzeichnen.

Nachhaltigkeitsindikatoren

Der vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) in Kooperation mit dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL), der Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) und der Landesanstalt für Wald- und Forstwirtschaft (LfW) erstellte Bericht stützt sich auf umweltbezogene Nachhaltigkeitsindikatoren, wie z. B. CO₂-Ausstoß, Energieverbrauch oder Entwicklung der Rote-Liste-Arten. Weitere Indikatoren sind Klimaschutz, Artenvielfalt, Flächenverbrauch und Wasser.

CO₂-Ausstoß gesenkt

Trotz der positiven Wirtschaftsentwicklung konnte der Ausstoß des klimaschädlichen CO₂ in den vergangenen zehn Jahren gesenkt werden, allein von 2001 bis 2004 um insgesamt 6,6 Millionen Tonnen. Der Verbrauch von Primärenergie, der seit den 70er Jahren um 40 Prozent zugenommen hat, steigt seit langem nicht mehr weiter an. Bis 2010 will Bayern die CO₂-Emissionen auf insgesamt 80 Millionen Tonnen pro Jahr begrenzen. In den nächsten vier Jahren investiert der Freistaat zusätzlich zu den jährlich 100 Euro Millionen insgesamt weitere 350 Millionen Euro im Rahmen des Klimaprogramms 2020 - insgesamt 750 Millionen Euro.

Die Gefährdung der Vielfalt der Arten ist ein globales Problem, das auch vor Bayern nicht Halt macht. Der Anteil ungefährdeter Arten ging inzwischen auf 38 Prozent zurück. Der Klimawandel könnte Bayern in den

nächsten Jahrzehnten einen zusätzlichen Artenverlust beschreiben. Auf der anderen Seite greifen die bayerischen Artenhilfsprogramme: Weißstorch oder Wanderfalke beispielsweise konnten im Gefährdungsgrad zurückgestuft werden. Die für Naturschutzgebiete gesicherten Flächen konnte Bayern inzwischen auf 13,5 Prozent der Landesfläche ausbauen. In den letzten zehn Jahren hat Bayern für Naturschutz und Landschaftspflege rund 300 Millionen Euro investiert. Im Klimaprogramm 2020 stehen in den nächsten vier Jahren 8 Millionen Euro für Anpassungsmaßnahmen im Naturschutz zur Verfügung, u. a. für ein Sonderprogramm zur Stabilisierung der genetischen Vielfalt.

Flächensparen

Von 2000 bis 2004 konnte in Bayern der Flächenverbrauch von über 28 Hektar pro Tag auf 15 Hektar pro Tag nahezu halbiert werden. Inzwischen hat der allgemeine Aufschwung in Deutschland dazu geführt, dass der Flächenverbrauch wieder zugenommen hat: 2006 lag er bei 20,6 Hektar pro Tag. Flächensparen ist deshalb ein Schwerpunkt des bayerischen Bodenschutzprogramms. Häufig haben innerörtliche Flächen noch Potenziale von mehr als 20 Prozent für eine Bebauung oder Nachverdichtung. Diese gilt es zu nutzen. Das Bündnis zum Flächensparen informiert über Foren und Ausstellungen, Entscheidungsträger und Bürger. Der Anteil von Siedlungs- und Verkehrsflächen beträgt in Bayern 11 Prozent und liegt damit unter dem Bundesdurchschnitt von 13 Prozent.

Hohe Gewässerqualität

Zwei Drittel der bayerischen Fließgewässer haben heute mindestens Güteklasse II oder besser - sind also nur mäßig bis gar nicht belastet. Auch die Grundwasserqualität ist hervorragend: Zwei Drittel des Trinkwassers werden ohne weitere Aufbereitung an die Verbraucher abgegeben. Die gute Situation ist vor allem auf den staatlich unterstützten, landesweiten Ausbau der Abwasserreinigung zurückzu-

führen: Der Anschlussgrad liegt heute bei 96 Prozent. Die hohe Gewässergüte in Bayern zeigt sich auch bei den Seen. Ziel ist, bis 2015 einen guten ökologischen Zustand und eine entsprechende Wasserqualität in allen Gewässern zu bewerkstelligen. Umweltminister Bernhard zufolge arbeitet Bayern seit Jahren

Naturverträgliche Steuerung von Tourismusaktivitäten:

Integrierte Lösungen und Konzepte

Viele Zielkonflikte zwischen dem Natur- und Artenschutz auf der einen Seite und den unterschiedlichsten Formen von Tourismus, Freizeit und Erholung auf der anderen Seite werden trotz vielfältiger Bemühungen oftmals nicht zufriedenstellend gelöst. Da sektorale Lösungen häufig zu kurz greifen, sind integrierte Konzepte gefragt, die den Nutzungen Rechnung tragen und größere Raumeinheiten (z. B. gesamtes Gebiet einer oder mehrerer Gemeinden, Naturparke, Regionen) mit einbeziehen.

Inhalt der LfU-Fachtagung „Naturverträgliche Steuerung von Tourismus- und Freizeitaktivitäten“ in Augsburg war es daher, zunächst die Ansprüche und Ziele der an solchen Konzepten zu beteiligenden Personen- und Interessengruppen zu formulieren. So kamen u. a. Vertreter von Tourismus und Freizeit, Naturschutz und Landschaftsentwicklung, Kommunen, Natursportler, und Landschaftsplaner zu Wort. Ein weiterer Teil der Tagung umfasste die Vorstellung wegweisender Beispiele (Best practice) für integrierte Konzepte. Neben einem Modellprojekt im bayerischen Alpenraum, das unter Mitwirkung des LfU durchgeführt wurde, wurden außerallpiner bayerische Beispiele sowie Projekte aus Baden-Württemberg und der Schweiz präsentiert.

Neuartiges Konzept

Im Rahmen eines Pilotprojekts des LfU auf dem Gebiet der Marktgemeinde Bad Hindelang im Landkreis Oberallgäu wurde mit aktiver Mitwirkung der politischen Gemeinde, des Deutschen Alpenvereins sowie von Jägern, Förstern und Grundbesitzern am „Runden Tisch“ ein neuartiges Konzept erprobt. Es beinhaltet die Abgrenzung und Realisierung von Ruhezeiten, die auf vorwiegend freiwilliger Basis frei von Störungen für Wildtiere bleiben. Aus den Erfahrungen wurde ein Leitfaden für Tourismusgemeinden mit bayernweiter Anwendbarkeit entwickelt. Diese Handreichung dient als Arbeitshilfe für touristisch interessierte Gemein-

konsequent an einer nachhaltigen Entwicklung: Bereits 1997 habe der Freistaat mit der Bayern Agenda 21 eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt. Nachhaltige Entwicklung in den Kommunen werde nach dem Motto „Wir für uns“ mit der Kommunalen Agenda 21 und dem „Netzwerk nachhaltige Bürgerkommune“ gefördert. Außerdem setzte sich Bayern im dritten Umweltakt mit der Wirtschaft seit 2005 für „ökologisch verträgliches Wachstum“ ein. **DK**

Bayerisches Landesamt für Umwelt:

Hausmüllbilanz 2006

Einen detaillierten Überblick über die im Jahr 2006 in Bayern durchgeführten Maßnahmen zur Vermeidung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen aus Haushalten gibt die Broschüre „Hausmüll in Bayern – Bilanzen 2006“, herausgegeben vom Bayerischen Landesamt für Umwelt. Geprägt war das Jahr vor allem durch die Abfallablagerversordnung, die das erste Mal ganzjährig gegolten hat.

Die entsorgungspflichtigen Körperschaften in Bayern förderten auch 2006 aktiv die Abfallvermeidung und -verwertung. Erfolgreiche Aktivitäten der Vorjahre wurden hierzu fortgeführt oder ausgebaut. Als ständige Ansprechpartner standen den Haushalten und Gewerbebetrieben gut 200 Abfallberater mit kompetentem Rat zur Verfügung.

Holsysteme

Die Erfassung von Wertstoffen mittels Holsystemen blieb laut Bericht 2006 etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Folgende Systeme wurden den Bürgern zur Verfügung gestellt: Biotonne (78 Körperschaften - wie im Vorjahr), Papiertonne (60 Körperschaften - wie im Vorjahr), Papiersack (3 Körperschaften - wie im Vorjahr), regelmäßige Bündelsammlung von Papier (40 Körperschaften - 39 im Vorjahr), Gelbe Tonne (teilweise in Verbindung mit dem Gelben Sack; 10 Körperschaften - wie im Vorjahr), Gelber Sack (52 Körperschaften - wie im Vorjahr), 2-Sack-System für gebrauchte Verkaufsverpackungen (2 Körperschaften - wie im Vorjahr), Straßensammlung von Alttextilien (40 Körperschaften - 39 im Vorjahr), Elektro-/Elektronikaltgeräte (41 Körperschaften - 38 im Vorjahr).

Bringsysteme

Das Angebot an Bringsystemen blieb trotz einer geringen zahlenmäßigen Reduzierung auch 2006 weiterhin qualitativ auf hohem Niveau. Im Jahr 2006 waren in zehn Landkreisen Wertstoffmobile im Einsatz. 82 Körperschaften erfassten Problemabfälle über mobile Sammlungen. In 95 von 96 Körperschaften standen den Bürgern insgesamt 1698 Wertstoffhöfe zur Verfügung. Bayernweit wurden 2006 ca. 4,09 Mio. Tonnen Wertstoffe erfasst und einer Verwertung zugeführt (2005: ca. 4,03 Mio. Tonnen).

Etwa 3,67 Mio. Tonnen Baurestmassen wurden 2006 verwertet. Den entsorgungspflichtigen Körperschaften lagen Daten zu ca. 558.502 Tonnen verwerteten Gewerbeabfällen vor. Dies waren Grüngut, Bioabfall, Baustellenabfälle, verwerteter Schrott und verwertete Asche aus der thermischen Behandlung von Gewerbeabfällen sowie sonstige gewerbliche Wertstoffe. Von dieser Gesamtmenge gingen 2006 ca. 253.349 Tonnen zur energetischen Verwertung.

2006 nutzten die entsorgungspflichtigen Körperschaften 316 Anlagen (2005: 314 Anlagen), davon 280 innerhalb Bayerns,

schaffung der landwirtschaftlichen, vor allem aber der alpawirtschaftlichen Flächen beeinträchtigt, fuhr Grath fort. Hier gelte es, durch geeignete Verkehrskonzepte, wie z. B. Stärkung des ÖPNV oder Kanalisierung der Besucherströme diese Konflikte zu mindern bzw. zu beseitigen. Die Kommunen seien gefordert, mit allen am Tourismus Beteiligten und der Land- und Alpwirtschaft dafür zu sorgen, dass Problempunkte zwischen den Beteiligten rechtzeitig besprochen und wenn möglich ausgeräumt werden. Ein weiterer wichtiger Punkt sei es, die Direktvermarktung der landwirtschaftlichen Produkte zu fördern. **DK**

zur Sortierung, Aufbereitung und Verwertung von Wertstoffen, Haushaltsabfällen und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen. Die Gesamtanlieferungsmenge an alle Anlagen betrug 1,80 Mio. Tonnen. Insgesamt 130 Sortieranlagen (140 im Vorjahr) verarbeiteten Wertstoffe, Haushaltsabfälle und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle. 151 Anlagen wurden zur Aufbereitung von Wert- und Altstoffen genutzt. Die verbleibenden 35 Anlagen waren Verwertungsanlagen, die überwiegend für Altholz, Sperrmüll und organische Abfälle (Grüngut) genutzt wurden.

An 218 Kompostieranlagen und 2 Vergärungsanlagen wurden insgesamt ca. 666.500 Tonnen Grüngut angeliefert. Insgesamt wurden rund 848.000 Tonnen Bioabfälle und Grüngut zu 74 bayerischen Bioabfall-Kompostieranlagen (73 im Vorjahr) und 15 Vergärungsanlagen (18 im Vorjahr) geliefert. Ca. 24.000 Tonnen Bioabfall wurden zur Verwertung zu 7 Anlagen außerhalb Bayerns verbracht.

Restabfallaufkommen

Im Jahr 2006 fielen insgesamt 2.428.401 Tonnen Restabfall an - ein Anstieg um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr. Der rückläufige Trend des Restabfallaufkommens, der seit 1991 über die Abfallbilanzen dokumentiert ist, setzte sich damit im Bilanzjahr nicht weiter fort. Für die Haushaltsabfälle, die sich aus Haus-, Geschäfts- und Sperrmüll zusammensetzen, war 2006 ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Eine deutlichere Zunahme gab es bei den hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen.

Das Gesamtrestabfallaufkommen pro Einwohner stieg 2006 von 494,8 kg auf 506,7 kg. Die erfasste Wertstoffmenge übersteigt in den vergangenen Jahren die jeweilige Restabfallmenge deutlich. Die Verwertungsquote in Bayern lag 2006 bei 71,8 % nach 71,4 % im Vorjahr. Die 2006 in Bayern angefallene Restabfallmenge von 2.428.401 Tonnen wurde zu 97,3 % thermisch behandelt. Einer mechanisch-biologischen Vorbehandlung wurden 1,5 % zugeführt. Alle Körperschaften behandelten den in ihrem Gebiet angefallenen Restabfall oder Teilmengen davon in thermischen Anlagen. Bayernweit standen zur thermischen Behandlung 16 Anlagen mit einer Gesamtkapazität von ca. 3,2 Mio. Tonnen zur Verfügung. In der einzigen mechanisch-biologischen Anlage Erbenschwang im Landkreis Weilheim-Schongau wurden im Berichtsjahr knapp 37.000 Tonnen Restabfall behandelt.

Deponieanlagen

Ende des Jahres 2006 waren in Bayern noch 36 Deponien der Deponieklasse I und II in Betrieb. Die gesamte Ablagerungsmenge ging von ca. 619.000 Tonnen im Vorjahr auf knapp 582.000 Tonnen zurück. Der Anteil der abgelagerten Menge an Aschen und mechanisch-biologisch vorbehandelten Abfällen betrug rund 196.000 Tonnen. Auf den Deponiestandorten in Bayern wurden im Bilanzjahr ca. 669.000 Tonnen Abfälle bei Verwertungsmaßnahmen eingesetzt. Ende 2006 stand ein geringfügiges Restvolumen der Deponieklasse I und II von 10,7 Mio. m³ zur Verfügung. **DK**

Der Schnellkurs zur neuen BayBO

In der Einführung in die neue Bayerische Bauordnung werden der Weg zur BayBO 2008, der grundsätzliche Ansatz und die Regelungsschwerpunkte der Novelle sowie die Regelungen im einzelnen praxisnah dargestellt. Auf diese Weise macht das Werk Juristen, Architekten und Ingenieure rasch mit dem neuen Recht vertraut.

Für die leichte Umstellung enthält das Werk eine Synopse mit einer Gegenüberstellung der alten und der neuen Artikel. So erkennen Sie die Änderungen auf einen Blick. Eine Übersicht über die geänderte Nummerierung hilft zusätzlich beim Auffinden der neuen Vorschriften.

Dirnberger, Die neue Bayerische Bauordnung

2008. VI, 167 Seiten. Kart. € 16,- ISBN 978-3-406-57113-8

Bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder bei:
beck-shop.de oder Verlag C.H. Beck · 80791 München
Fax: 089/38189-402 · www.beck.de



Preis inkl. MwSt. / 151167



Verabschiedung von AKDB-Direktor Alfred Trageser:

Mann der ersten Stunde

Seit Jahrzehnten ist die kommunale IT-Landschaft in Bayern eng mit dem Namen Alfred Trageser verknüpft. An seinem letzten Arbeitstag Ende Januar fand im Münchner Künstlerhaus nun in feierlichem Rahmen die Verabschiedung des Geschäftsführenden Direktors der AKDB statt. Geladen waren hierzu 170 Gäste aus allen Bereichen und Ebenen der Kommunalverwaltung.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der AKDB, Landrat Roland Schwing, lobte Innenminister Joachim Herrmann in seiner Festrede sowohl die AKDB als auch den scheidenden Vorstand persönlich: „Die kommunale IT-Landschaft in Bayern ist seit Jahrzehnten mit dem Namen Alfred Trageser verknüpft. Die rund 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AKDB einschließlich ihrer vier Tochterunternehmen bilden ein in Deutschland einzigartiges Kompetenzzentrum für kommunale Informationstechnik. Nicht ohne

Vertriebsdirektor mit der Leitung dieser Abteilung beauftragt. Zum 1. Mai 2004 sei Trageser zum Geschäftsführenden Direktor der AKDB bestellt worden.

Landesweites Engagement

Herrmann zufolge hatte Trageser maßgeblichen Anteil am Bemühen der kommunalen Spitzenverbände, eine gemeinsame Einrichtung für die elektronische Datenverarbeitung zu schaffen. Bereits zu einer Zeit, als die Einführung der EDV in den Kommunen noch als reine Zukunftsvision gesehen wurde, habe er

zeigte sich laut Herrmann auch durch seine Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Datenzentren (AKD). Unter seiner aktiven Mitwirkung wurde diese im Jahr 2006 abgelöst durch die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler öffentlich-rechtlicher IT-Dienstleister VITAKO, deren Gründung Trageser maßgeblich vorangetrieben hat.

Paradebeispiel

„Die Gründung der AKDB ist ein Paradebeispiel für eine landesweite Zusammenarbeit“, erklärte Bayerns Innenminister. Es sei auch Tragesers Verdienst, dass die AKDB den aktuellen Herausforderungen gewachsen ist. Dies habe sich bei der Einführung der Doppik, wo „wahre Pionierarbeit“ geleistet wurde, wieder einmal bestätigt. Sehr erfolgreich habe der AKDB-Präsident auch beim Internetportal, dem NKFV-Netzwerk Bayern, mit den kommunalen Spitzenverbänden, dem Prüfungsverband und dem Innenministerium zusammengearbeitet.

Anspruchsvolle Projekte

Ein entscheidender Beitrag sei ebenso zur Elektronisierung des Meldewesens geleistet worden, fuhr Herrmann fort. Nachdem den AKDB-Kunden bereits 2004 die Serviceleistung elektronische Rückmeldung angeboten werden konnte, sei Bayern somit das erste Bundesland gewesen, in dem flächendeckend elektronische Rückmeldungen zum Nutzen der Meldebehörden ausgetauscht wurden. „Auch andere komplexe und anspruchsvolle Projekte wie beispielsweise das bundesweit einmalige Bayerische Behördeninformationssystem, kurz BayBIS, wären ohne das Know-how der AKDB und ihrer Mitarbeiter so nicht vorstellbar“, ergänzte der Minister und schloss: „Die Bayerische Staatsregierung weiß, was Sie für den Freistaat und für unsere kommunale Familie geleistet haben. Sie waren ein stets kompetenter und verlässlicher Ansprechpartner.“

Kompetenz und Verbindlichkeit

Ismanings Erster Bürgermeister Michael Sedlmair, Vorsitzender der Hauptverwaltung der AKDB, ging in seiner Laudatio auch auf den Lebensweg Alfred Tragesers ein. Er wünschte dem bereits in jungen Jahren sportlichen gebürtigen Unterfranken nicht nur alles Gute für seinen Ruhestand, sondern auch seinen Nachfolgern, Alexander Schroth als neuem Vorstandsvorsitzenden und Rudolf Schleyer als Mitglied des Vorstands, viel Erfolg

märkten. Wir sind nun in der Lage, unsere Kunden aus einem starken Wachstumsmarkt heraus optimal zu bedienen. Bayern bietet uns eine sehr gute Möglichkeit für unser Wachstum in Richtung Nordeuropa. Die Verfügbarkeit von hochqualifizierten Experten in den Bereichen Software Support, Pressesales sowie Key Account Management runden das positive Gesamtbild ab.“

Das im Jahr 2005 in Linz (Österreich) gegründete Unternehmen dynaTrace software ist Technologieführer bei Performance- und Fehlerdiagnose-Software für geschäftskritische Java- und .NET-Anwendungen. Das Unternehmen beschäftigt etwa 65 Mitarbeiter an den Standorten Linz (Österreich), Boston (USA) sowie München. □

und Schaffenskraft zum Wohl der AKDB und ihrer Kunden. Im Namen aller Mitarbeiter der AKDB dankte Sedlmair „für 37 Jahre fachliche und menschliche Kompetenz und Verbindlichkeit“. Trageser habe auf das Ziel, ein verlässlicher und innovativer Partner der Kommunen zu sein, „mit Ausdauer und Kreativität“ kontinuierlich hingearbeitet.

Einsatz im sozialen Bereich

„Wenn ich gemeinsam mit Ihnen einen Blick in die Zukunft wagen will, dann wird mir um Sie nicht bange“, meinte Sedlmair: „Sie können nun Zeit mit Ihrer Familie verbringen, die Sie im unermüdlichen Einsatz auf zahlreichen Dienstreisen entbehren mussten. Eine schöne Sache ist es, dass Sie sich im sozialen Bereich engagieren. Sie nutzen Ihre Ressourcen, Kenntnisse und Kontakte, um im Rahmen des Rosenheimer Projekts ‚Jugend in Arbeit‘ Hauptschülern eine Lehrstelle zu verschaffen.“

Stationen einer erfolgreichen Laufbahn

Alfred Trageser bedankte sich mit einer geistreichen Rede für die zahlreichen guten Wünsche und blickte kurz auf einige bedeutende Stationen seiner Laufbahn bei der AKDB zurück. Abschließend ergriff Alexander Schroth das Wort und bedankte sich persönlich für die ausgezeichnete Zusammenarbeit, besonders in den vergangenen vier Jahren als Vorstandskollegen. Mit Blick in die Zukunft kündigte Schroth an, dass die AKDB sich als hoch innovatives Unternehmen den künftigen Herausforderungen entschlossen stellen wird, um ihre Stellung als dem

kommunalen IT-Dienstleister in Bayern und das Softwarehaus für kommunale Fachanwendungen in der Bundesrepublik weiter auszubauen.

Abgerundet wurde die festliche

Veranstaltung von einem Auftritt des Kabarettisten Gerd Fischer, der die Festgesellschaft mit seinen oberbayrisch-fränkischen Frotzeleien genussvoll unterhielt.

DK

Outsourcing überzeugt Inntaler Bürgermeister

Anwendungsverfahren von Flintsbach a. Inn und Nußdorf a. Inn in AKDB-Rechenzentrum ausgelagert

Die Inntalgemeinden Flintsbach a. Inn und Nußdorf a. Inn gehen künftig mit ihren EDV-Anwendungen den Weg der Auslagerung auf einen externen Dienstleister, wie dies auch in der freien Wirtschaft seit einiger Zeit erfolgreich praktiziert wird. Nach jahrelanger erfolgreicher Zusammenarbeit der beiden Gemeinden mit der AKDB (Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern), dem marktführenden Anbieter kommunaler Softwarelösungen, unterzeichneten die Bürgermeister Wolfgang Berthaler aus der Gemeinde Flintsbach a. Inn und Sepp Oberauer aus der Gemeinde Nußdorf a. Inn jetzt einen Vertrag mit dem Vorstand der AKDB, Rudolf Schleyer, zur Auslagerung ihrer EDV-Verfahren ins AKDB-Rechenzentrum.

Die einzelnen Abteilungen der beiden Gemeinden, vom Einwohnermeldeamt über die Kämmerei bis hin zur Personalstelle, greifen dann über Datenverbindungen immer auf die aktuellste Software zu, die im Rechenzentrum läuft. Vor Ort, in den Gemeindeverwaltungen, muss die Software und Systemtechnik nicht mehr bereitgehalten werden. Als moderner Dienstleister stellt die AKDB in ihrem Rechenzentrum die Anwendungsverfahren wie etwa Einwohner-, Finanz- und Personalwesen rund um die Uhr zur Nutzung für die Gemeinden bereit.

Die beiden Bürgermeister waren schnell von den vielen Vorteilen des Outsourcings überzeugt, insbesondere geringere Investitionen für Hardware, Lizenzen, Systemsoftware, Datenbanken.

Außerdem sind Datensicherheit und -schutz sowie Notfallvorsorge beim Outsourcing-Angebot der AKDB umfassend gewährleistet.

Dienst am Bürger

Durch die Nutzung qualifizierter Systembetreuung durch Spezialisten in diesem professionellen Rechenzentrumsbetrieb der AKDB ergeben sich außerdem Einsparungen im Personalaufwand bei den Gemeinden durch Wegfall von Aufgaben für EDV-Administratoren. Somit ergibt sich eine bessere Konzentration auf das Kerngeschäft. Berthaler und Oberauer kommentierten das so: „Die kommunalen Verwaltungen sind schließlich für ihre Bürger da und nicht dazu, EDV-Systeme zu betreiben.“ □



Alfred Trageser (l.) mit Innenminister Joachim Herrmann. □

Grund werden heutzutage in vielen kommunalen Rechenzentren in Deutschland Anwendungsverfahren der AKDB eingesetzt.“

Startschuss 1971

Bereits beim Bayerischen Gemeindetag habe Trageser im Jahr 1969 die Leitung eines kleinen Rechenzentrums mit 15 Mitarbeitern übernommen und ab diesem Zeitpunkt die Gründung der späteren Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern vorbereitet, erläuterte Herrmann. Als „Mann der ersten Stunde“ begann er mit Aufnahme des Dienstbetriebs der AKDB am 1. Oktober 1971 seine Tätigkeit bei der AKDB als „Vertragsbeamter“ im Höheren Dienst. Mit Gründung der Abteilung Vertrieb wurde er am 1. Mai 1989 als

dort aktiv für diese neue, zukunftsweisende Form des Verwaltungshandelns geworben. Es sei ihm ein großes Anliegen gewesen, die Verantwortlichen in den Gemeinden, Städten und Landkreisen davon zu überzeugen, dass mit den neuen Technologien Verwaltungsprozesse erleichtert werden können. Dazu sei Alfred Trageser tausende von Kilometern kreuz und quer durch Bayern gefahren und habe unzählige Abendstunden in Versammlungen und Zusammenkünften verbracht. „Dass AKDB deshalb ‚Alfred kurvt durch Bayern‘ bedeutet, ist allerdings nur ein Gerücht“, meinte Herrmann schmunzelnd.

Tragesers Engagement für die rationellere Erledigung von Verwaltungsprozessen durch die elektronische Datenverarbeitung

Bayerische IT-Vorreiterrolle bestätigt

dynaTrace software eröffnete Niederlassung in München

Die Attraktivität Bayerns für Unternehmen aus dem Informations- und Kommunikationssektor hält unvermindert an: Das international tätige Unternehmen dynaTrace software hat nun eine neue Niederlassung in München eröffnet. Wirtschaftsministerin Emilia Müller freut sich über den weiteren Zuwachs in der Metropolregion München: „Die Ansiedlung von dynaTrace software beweist einmal mehr die exzellenten Standort- und Wachstumsbedingungen in Bayern und in der Region München. dynaTrace software profitiert am neuen Standort besonders von den hochqualifizierten Arbeitskräften und dem ausgezeichneten Forschungs- und Universitätsumfeld. Mehr als 1.300 ausländische High-Tech-Unternehmen haben sich bereits für Bayern entschieden. Diese Erfolgsbilanz spricht für sich“, so Müller.

Bayern und der Großraum München liege bei Arbeitsplätzen in der Informations- und Kommunikationsbranche in Deutschland an der Spitze. Innovationen in vielen Bereichen wie digitale Technologien, mobile Kommunikation und Software machten die bayerische Landeshauptstadt zum IT-Standort Nr. 1 in Europa. Müller: „Die neue Niederlassung von dynaTrace software bekräftigt auch den Erfolg der Cluster-Offensive Bayern. Wir haben dabei bewusst einen der Schwerpunkte

in der technologie-treibenden und hochdynamischen IT-Branche gesetzt. Dies zählt sich unter anderem durch Neuansiedlungen aus. Dazu trägt auch die optimale Betreuung bei, die Unternehmen bei allen Fragen um den Wirtschaftsstandort Bayern durch Invest in Bavaria erhalten.“

Werner Maas, Vice President EMEA Channel von dynaTrace software, sieht die Münchener Niederlassung strategisch ideal platziert: „Deutschland zählt für uns zu den wichtigsten Kern-

Mit uns können Sie rechnen!

Die Einführung der doppischen Buchungsweise in Kommunen, die „seit Anbeginn der Zeit“ kameral gebucht haben, ist eine Riesenaufgabe. Gut, dass wir damit Riesenerfahrung haben.

Unterhalten Sie sich mit uns. konsequent in Doppik

Herzogspitalstraße 24 80331 München
Telefon 089/5903-0 mail@akdb.de
Fax 089/5903-1845 http://www.akdb.de

AKDB
PARTNER DER KOMMUNEN

CeBIT 2008, 4. bis 9. März:

Treffpunkt für Bürgermeister aus ganz Deutschland

Öffentliche Einkäufer erhalten Tipps zur Entwicklung von IT-Strategien
Public Sector Parc mit anwenderorientierten Bürgerservices

Hannover. Ob in einer kleinen Gemeinde oder in der Großstadt: Bürgermeister, Verwaltungschefs und Politiker beschäftigen sich seit Jahren mit der Frage, wie ihre Verwaltung durch den Einsatz aktueller Informationstechnologie und in Zeiten des Internets moderner, kostengünstiger und bürgerfreundlicher gestaltet werden kann. Für 2008 prognostizieren Experten erhebliche Anstrengungen für den Ausbau von IT in den Kommunen, Ländern und auch beim Bund.

Aus diesem Grund lädt die Deutsche Messe Hannover in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden der Länder Bürgermeister, Landräte, Hauptamtsleiter und kommunale IT-Verantwortliche zu speziellen geführten CeBIT-Rundgängen ein.

IT-Strategie-Kongress für öffentliche Einkäufer

Im Rahmen des Public Sector Parc veranstaltet die CeBIT am 6. März gemeinsam mit der Wegweiser GmbH Berlin und weiteren Partnern einen IT-Strategie-Kongress für öffentliche Einkäufer. Unter dem Titel „2. Zukunftswerkstatt öffentlicher Einkauf“ erinnern Experten daran, dass neben den Investitionen in IT auch die Anforderungen an die eingesetzten Technologien und die Effizienz von IT-Projekten steigen. Um Fehlentwicklungen und -investitionen zu vermeiden und eine nachhaltige Beschaffung von IT zu sichern, sei eine stringente IT-Strategie der öffentlichen Hand vonnöten.

Wie eine solche Strategie aussehen kann, erfahren Entscheider aus Verwaltung und Wirtschaft auf dem Kompaktkongress in Hannover. Außerdem erhalten sie Informationen rund um IT-spezifische Vorschriften des Vergaberechts. **Details unter www.wegweiser.de.**

Anwenderorientierte Bürgerservices im Fokus

Die CeBIT zeigt intelligente ITK-Lösungen zur Modernisierung der öffentlichen Hand im Public Sector Parc in Halle 9. Auf einer Fläche von 11.000 Quadratmetern präsentieren sich rund 250 Unternehmen, darunter unter anderem Agresso, Fabsoft, Fujitsu Siemens Computers, IBM, MACH, Materna, SAP, Siemens sowie zahlreiche öffentliche Institutionen und Bundesländer. Der Public Sector Parc richtet sich an Entscheider auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung. Schwerpunktthemen des Ausstellungs- und Forumprogramms sind kommunale

eGovernment-Lösungen, Geoinformationssysteme und Anwendungen zu aktuellen Fragestellungen wie EU-Dienstleistungsrichtlinie, zentrale Service-Rufnummer 115 oder ePass. Schirmherr und Eröffnungsredner des Public Sector Parc ist Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble.

EU-Dienstleistungsrichtlinie:

Lösungen zur Vereinfachung der Verwaltungsprozesse

Mit Hilfe eines integrierten Multikanal-Front-Office für die Kunden und einem Service-Portal für den „Einheitlichen Ansprechpartner“ begegnet IBM den Anforderungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie (EU-DLR) stellt die öffentlichen Verwaltungen vor enorme Herausforderungen. Gleichzeitig bietet die Richtlinie die Chance, die Kundenorientierung der Verwaltungen zu verbessern und die Standortqualität nachhaltig zu erhöhen. Basierend auf dem im November 2007 erschienenen IBM Positionspapier „Im Wettbewerb um Dienstleister“ stellt die IBM auf der CeBIT 2008 eine Lösung für die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie vor. Die IBM Lösung adressiert die Anforderungen an den „Einheitlichen Ansprechpartner“: Moderne Front-Office-Konzepte ermöglichen es, alle Verwaltungsaufgaben integriert, serviceorientiert und multikanalfähig auf die Kunden auszurichten.

Einheitlicher Ansprechpartner

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie verlangt von der Öffentlichen Hand bis Ende 2009 einen „Einheitlichen Ansprechpartner“ (EAP) für alle Behördengänge von Bürgern und Unternehmen und die Möglichkeit, alle Verwaltungsprozesse elektronisch abwickeln zu können. „Insbesondere die Kommunen sind aufgefordert, die daraus resultierenden Erwartungen von Unternehmen an die

Am 5. März 2008 tagt der InnovatorsClub Niedersachsen auf der CeBIT in Hannover. Im Mittelpunkt der Diskussionen werden unter anderem die Höhepunkte der CeBIT 2008, die Perspektiven der Kommunalpolitik vor dem Hintergrund der Globalisierung und des demografischen Wandels sowie das Zukunftsthema eHealth stehen.

Kommunaltage

Die ganze Woche über richten einzelne Bundesländer Kommunaltage aus. Nähere Informaito-

nen gibt es im Internet unter www.cebit.de.

Zum InnovatorsClub Niedersachsen zählen führende Vertreter aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Neben dem Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Niedersachsen, Dr. Volker Müller sind unter anderem der Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Rainer Timmermann, CeBIT-Chef Dr. Sven Prüser, Günter Distelrath vom Sparkassenverband Niedersachsen, die Deutsche Post AG, EON Avacon, Microsoft Deutschland und zahlreiche weitere Unternehmen Mitglied der Initiative. Der Innovators Club Niedersachsen wurde 2007 vom Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund gemeinsam mit den Unternehmensverbänden und Microsoft Deutschland gegründet. Ziel des Clubs ist es, Strategien zu entwickeln, die das Land Niedersachsen zukunftsfähig machen. □

IT-Ressourcenverwaltung

Kommunalen EDV-Abteilungen bietet die von der Firma Quadriga Informatik entwickelte Softwarelösung Quadriga-IT einen umfassenden Überblick über die eingesetzten Hard- und Softwarekomponenten, die zugehörigen Anwender, Lieferanten, Verträge, Räume und die aufgetretenen Problemfälle. Darüber hinaus kann Quadriga-IT auch als allgemeine Inventarverwaltung für Einrichtungsgegenstände und technisches Gerät dienen.

Auf der CeBIT stellt Quadriga Informatik aus in Halle 6, Stand A33. Hier können sich Besucher von 4. bis zum 9. 3. 2008 einen Eindruck von der neuen Version der Software verschaffen. Die neu gestaltete Bedienoberfläche vereinfacht viele Arbeitsabläufe, sodass sich neue Anwender schnell zu rechtfinden und erfahrene Anwender Zeit bei der Erledigung der täglichen Aufgaben sparen.

Weitere Informationen unter: www.quadriga.de. □



Fit werden im kaufmännischen Rechnungswesen wollen Kämmerer, Kassenverwalter und Rechnungsprüfer. Bis August drücken sie im Aschaffener Landratsamt die Schulbank. □

Doppik-Lehrgang im Landratsamt

Landkreis Aschaffenburg. Seit kurzem läuft im Landratsamt Aschaffenburg ein Lehrgang der Bayerischen Verwaltungsschule mit dem Ziel, kommunale Mitarbeiter Kenntnisse im neuen kommunalen Finanzwesen zu vermitteln und sie mit der neuen „doppischen“ Buchführung vertraut zu machen. Die Teilnehmer sind dementsprechend vor allem Kämmerer, Kassenverwalter und Rechnungsprüfer. Bis Anfang August werden sie jeweils freitags ihr Wissen erweitern.

Landrat Dr. Ulrich Reuter begrüßte am ersten Lehrgangstag gemeinsam mit Dr. Günther Paul von der Bayerischen Verwaltungsschule die ersten 15 Teilnehmer aus den Landratsämtern Aschaffenburg und Miltenberg sowie den Gemeinden Großostheim, Johannesberg, Karlstein, Kleinostheim, Mömbris, Stockstadt und Waldaschaff.

Kernpunkt der Doppik ist die Berücksichtigung des Ressourcenverbrauchs entsprechend der

in der Privatwirtschaft üblichen kaufmännischen Buchführung. Wie auch in der Privatwirtschaft werden dann über Abschreibungen die Wertverluste im Anlagevermögen berücksichtigt. Auf diese Weise wird die Finanzsituation der Kommunen erheblich transparenter.

Der Landkreis Aschaffenburg wird ab dem kommenden Jahr sein Finanzwesen von der Kameralistik auf die doppische Buchführung umstellen. □

Landesamt für Finanzen wird SAP-Kompetenz-Center

Fahrenschon: Gütesiegel für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

„Das Landesamt für Finanzen betreibt weltweit eine der größten SAP-Installationen für Personalwirtschaft. Seine Zertifizierung als SAP-Kompetenz-Center bestätigt eindrucksvoll das eGovernment-Engagement des Freistaats Bayern beim Personalmanagement. Die Zertifizierungsurkunde ist ein Zeichen für die fachliche Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamts für Finanzen, sie ist ein Gütesiegel“, stellte Finanzstaatssekretär Georg Fahrenschon bei der Überreichung der Zertifizierungsurkunde „SAP-Kompetenz-Center“ an das Landesamt für Finanzen in München fest.

Die Zertifizierung des Landesamts zum SAP-Kompetenz-Center sei ein wichtiger Meilenstein für Bayern in seiner eGovernment-Initiative. Das Projekt VIVA sei in enger und guter Zusammenarbeit mit SAP als Hersteller des zugrunde liegenden Programmsystems bearbeitet und erfolgreich abgeschlossen worden. Mit VIVA würden derzeit rd. 450.000 Zahlfälle beim Rechenzentrum Nord abgerechnet und die Personal- und Stellenverwaltung für ca. 30.000 Personalfälle des Finanzressorts verantwortet. Bayern verfüge damit über eines der weltweit größten, sicher aber das bundesweit umfassendste integrale Personalwirtschaftssystem. VIVA stelle als Basiskomponente den Bayernstandard für die Personal- und Stellenverwaltung dar, betonte Fahrenschon.

Im Rahmen des Projekts VIVA-PRO sollen nun die Personalbe-

wirtschaftungen aller Ressorts auf das Programmsystem VIVA umgestellt werden, kündigte Fahrenschon an. Die Bayerische Staatsregierung habe damit frühzeitig das Potential der Informations- und Kommunikationstechnologien erschlossen und setze verstärkt auf den Einsatz von eGovernment-Verfahren. Dabei habe der unglaubliche technologische Fortschritt der letzten Jahre viele Möglichkeiten eröffnet, die früher als Wunschdenken abgetan worden wären.

Die Potentiale der Informations- und Kommunikationstechnik zu nutzen sei, so Fahrenschon, für die öffentliche Verwaltung eine große Herausforderung. Dabei ergäben sich viele Chancen. eGovernment sei ein entscheidender Standortfaktor im globalen Wettbewerb, verbessere das Leistungsangebot der öffentlichen Verwaltung für Bürger und Unternehmen rund um

die Uhr und sei eine wichtige Voraussetzung für zahlreiche Maßnahmen einer erfolgreichen Verwaltungsreform.

eGovernment ist auch Thema der Föderalismuskommission II. Hier werden Möglichkeiten für Effizienzgewinne gesucht, um die Finanzsituation von Bund, Ländern und Kommunen zu verbessern. Fahrenschon sieht hierfür Potentiale auch in der Fortentwicklung der IT-Netz-Infrastruktur, der IT-Sicherheit und in der Standardisierung. Verbindliche Standardisierungsvereinbarungen und eine erhöhte Interoperabilität würden zu einer effizienteren Datenkommunikation der Behörden mit Bürgern und Wirtschaft beitragen. Bayern werde dabei auch künftig der Innovationsmotor in Deutschland bleiben, versicherte Fahrenschon. Die Staatsregierung sehe die Einführung von eGovernment als wichtigen Beitrag für eine zeitgemäße, bürgernahe und leistungsfähige Verwaltung, von der letztlich alle profitieren würden.

Fahrenschon dankte allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamts für Finanzen für deren bisherige erfolgreiche Arbeit und wünschte ihnen eine weiterhin erfolgreiche Umsetzung bei allen IuK-Projekten. □

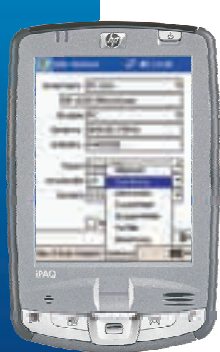
Quadriga-IT

www.quadriga.de



Verwaltung von PCs und anderen IT-Ressourcen

- Mehr Überblick durch eine systematische Verwaltung von Hardware, Software, Anwendern, Räumen, Lieferanten, Verträgen und Problemfällen.
- Informationen zu Hardware-Eigenschaften und auf den PCs installierten Softwarelizenzen werden automatisch ermittelt.
- User HelpDesk zur Verwaltung von Störfällen, optional unter Nutzung des hauseigenen Intranet
- **NEU:** Die überarbeitete Bedienoberfläche erleichtert den Einstieg und vereinfacht viele Arbeitsabläufe.
- Übersichtliche und umfassende Verwaltung von Garantielaufzeiten und Wartungsverträgen
- Auch einsetzbar als Inventarverwaltung für Büromöbel, Einrichtungsgegenstände und sonstige Ressourcen
- Die Option Quadriga-Mobile macht den Pocket PC zum mobilen Informationssystem für IT-Ressourcen. Verbunden mit einem handlichen Barcode-Scanner dient er auch als Hilfsmittel für Bestandskontrollen, Wareneingänge und Umstellungen.



CeBIT 2008
04.-09.03.2008
Messe Hannover
Halle 6, Stand A 33

Bitte fordern Sie Ihre kostenlose DEMO-Version an oder besuchen Sie uns auf der CeBIT 2008.

Quadriga Informatik GmbH • Herrstr. 57 • D-63065 Offenbach • Tel. 0(049)69.850030-0, Fax -99 • info@quadriga.de

Fünf-Jahres-Bilanz Kongress-Initiative Nürnberg:

„Unverzichtbarer Katalysator“

Tagungs- und Kongressmarkt boomt - Wirtschaftsreferent Dr. Roland Fleck: Weitere Optimierung der Kongresskapazitäten geplant

Anlässlich des fünfjährigen Bestehens der „Kongress-Initiative Nürnberg“ hat Wirtschaftsreferent Dr. Roland Fleck ein positives Resümee gezogen. Er bezeichnete die Initiative als einen „unverzichtbaren Katalysator für Bestandssicherung und Ausbau des Kongresswesens“ in der Norisstadt.

In der Kongress-Initiative arbeiten Fleck zufolge alle, die in Nürnberg mit diesem Thema befasst sind, eng und vertrauensvoll zusammen. „Seit fünf Jahren gilt: Hier ziehen alle an einem Strang – und zwar in die gleiche Richtung“, betonte der Referent. Als Wachstumsbremse erweise sich allerdings wieder einmal die Kapazität. Was fehlt, so das nüchterne Fazit der Beteiligten, sei ein Angebot für Tagungen mit 400 bis 1.000 Personen.

Erfolgsstory

Seit ihrer Gründung erwies sich die Kongress-Initiative Nürnberg als Erfolgsstory: „Allein beim CCN CongressCenter Nürnberg hat sich durch das konsequente Marketing in den vergangenen Jahren die Zahl der Anfragen verdreifacht“, erklärte CCN-Chef Friedhelm Lenz. Ist kein Termin frei oder die Veranstaltung zu klein für das auf Großkongresse mit begleitender Ausstellung ausgelegte CCN, werde die Anfrage an die Kongress- und Tourismuszentrale (CZT) weitergeleitet.

„Wir haben festgestellt, dass es in Nürnberg insbesondere im mittleren Segment an Kapazitäten fehlt“, so Michael Weber, Geschäftsführer der CTZ. Die frisch renovierte Meistersingerhalle allein könne aufgrund der zahlreichen kulturellen Veranstaltungen die Nachfrage nicht abfangen. Eine kurzfristige Lösung sei nicht in Sicht. „Doch wo eine Nachfrage ist, wird über kurz oder lang ein entsprechendes Angebot geschaffen“, zeigte sich Fleck überzeugt, der diesmal nicht das Messe- und Kongressgelände sondern den Flughafen im Visier hat. Hier arbeitet Flughafens-Geschäftsführer Karl-

Heinz Krüger intensiv daran, den Airport Nürnberg zum internationalen Meeting-Point der Metropolregion zu entwickeln: „Mit Fertigstellung der Autobahnbindung bis 2012 wollen wir unser Ziel erreicht haben.“

Netzwerk und Kontakte

Schließlich boomt der Tagungs- und Kongressmarkt in Nürnberg seit Jahren. So konnte das CCN Congress Center Nürnberg seinen Umsatz seit 2004 von 5,4 Mio. Euro auf 10,5 Mio. Euro im Jahr 2007 nahezu verdoppeln. „Das ist Ausdruck des Vertrauens und der Zufriedenheit unserer Partner und Kunden mit der von uns erbrachten Dienstleistung, aber auch der geschaffenen Infrastruktur“, bemerkte Lenz. Beides sind zentrale Wettbewerbsfaktoren in einem an sich gesättigten Markt. „Hinzu kommt: Kongresszentren wollen Veranstaltungen langfristig binden und übernehmen mehr und mehr personalintensive Durchführungsaufgaben“, berichtete Lenz. Derzeit sind drei von vier Veranstaltungen im Geschäftsfeld CCN jährlich neu zu akquirieren. „Dabei helfen uns die über Jahre gewachsenen Geschäftsbeziehungen ebenso wie das Netzwerk der Kongress-Initiative Nürnberg und nicht zuletzt die Kontakte, die wir ständig neu knüpfen.“

Neuakquisitionen

Zu den Neuakquisitionen für das Jahr 2008 zählen beispielsweise der Deutsche Anästhesiekongress (26.-29.4.2008), die 12. Bundestagung des Bundesverbandes zur Förderung von Menschen mit Autismus (5.-7.9.2008) sowie die Jahrestagung

der Deutschen Gesellschaft für Parodontologie (26./29.9.2008).

„Die Nürnberger Hotellerie konnte durch den Erfolg der Kongress-Initiative die normalerweise auftretenden Belegungsschwankungen abmildern. Durch die immer marktgerechten Angebote bietet sie zudem eine der Hintergrundplattformen, die es der Messe ermöglicht, Kongresse und Veranstaltungen erfolgreich und attraktiv zu akquirieren. Wir freuen uns diese sehr gute und für alle Seiten erfolgreiche Zusammenarbeit zu festigen und auszubauen“, betonte Günther Preissler, Sprecher der Nürnberger Tagungshotels.

215 Mio. Euro Umsatz

Insgesamt wird durch Tagungen und Kongresse in Nürnberg jährlich ein Gesamtumsatz von hochgerechnet rund 215 Mio. Euro generiert. Darin enthalten sind die direkten Umsätze in Hotels (35 Mio. Euro), Gastronomie (17 Mio. Euro), aber auch Ausgaben der Kongresssteilnehmer für Freizeit, Kultur und Einzelhandel (14 Mio. Euro) sowie die volkswirtschaftlichen Effekte, die daraus resultieren. Basis für die Zahlen ist eine Studie im Rahmen einer Diplomarbeit 2004 an der WISO Erlangen Nürnberg.

Blick nach vorn

„In den kommenden Jahren werden wir das Segment Kongresse und Tagungsveranstaltungen in Nürnberg durch eine intensive Verknüpfung von Innovationsförderung und Kongressakquise weiter konsequent stärken“, hob Roland Fleck hervor, der mit Veranstaltungen wie dem Kongress „Open Source meets Business“ sowie der Ausstellung mit Kongress „Material Science Engineering“ auf konkrete Veranstaltungen verweisen kann, die aus der Region heraus generiert wurden.

Erlanger Konferenz:

„Menschenrechte konkret!“

Auf Einladung der katholischen Akademie „Die Wolfsburg“ nahm die Erlanger Bürgermeisterin Elisabeth Preuß an einer Konferenz zum Thema „Menschenrechte konkret!“ teil, auf der über den Schutz der Menschenrechte in den Städten und Handlungsperspektiven debattiert wurde.

Da Erlangen Mitglied der „Europäischen Koalition gegen Rassismus“ ist, war die Stadt gebeten worden, u. a. ihre erfolgreichen Integrationsmaßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund beispielhaft vorzustellen. Besonderes Interesse bestand seitens der Konferenzteilnehmer an den Initiativen im Vorschulbereich, am Projekt Sputnik und dem BIG-Projekt.

Beeindruckende Angebote

Erlangens Erfahrung, dass Angebote umso besser angenommen werden, je näher sie an der eigenen Wohnung sind, wurden von anderen Kommunen bestätigt. Die beobachtende Vertreterin der UNESCO, die von allen Kommunen in der Koalition gegen Rassismus Berichte forderte, zeigte sich von den Erlanger Angeboten beeindruckt. Aida Guillen, Repräsentantin des Menschenrechtsbüros in Barcelona, berichtete, dass - juristisch gesehen - nicht die Städte die Garanten der Menschenrechte seien, sondern die Staaten, die Städte aber die ei-

Um die Kongresskapazität in der Messe weiter zu optimieren, wird bis Ende 2010 der Saal Brüssel für 1.000 Personen komplett neu errichtet. Dieser stammt noch aus dem ersten Bauabschnitt des Messegeländes Anfang der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts und entspricht nicht mehr den Erfordernissen eines modernen Kongresses. Gleichzeitig werden die Eingangs- und Servicefunktionen des Eingangs Mitte komplett neu gestaltet. „Hier entsteht die neue architektonische Visitenkarte der NürnbergMesse und des CCN“, so Pressesprecher Peter Ottmann. Gesamtinvestitionsvolumen der unterschiedlichen Baumaßnahmen: rund 40 Millionen Euro.

Internationale Positionierung

In den kommenden Jahren wird der Kongressplatz Nürnberg verstärkt international positioniert. So beteiligte sich die Kongress-Initiative bereits Ende vergangenen Jahres mit einem viel beachteten Messestand an der internationalen Fachmesse EIBTM in Barcelona. „Deutschland ist der größte Kongressmarkt in Europa und der zweitgrößte weltweit nach den USA. Von diesem gewaltigen Kuchen wollen wir uns in Zukunft ein noch größeres Stück abschneiden“, so Lenz. Er setzt dabei vor allem auf einen Trend, der sich immer stärker abzeichnet: Deutsche Kongresse bekommen zunehmend europäischen Charakter, weil sich auch auf europäischer Ebene Verbände und Institutionen verstärkt austauschen und Allianzen bilden.

Überzeugendes CCN

Gleichzeitig sei Nürnberg nun reif für internationale Kongresse. Der Third European Congress of Virology und die EUROMAT 2007 stehen beispielhaft für diese Entwicklung. Die Gesellschaft für Materialkunde (DGM) als Veranstalterin der EUROMAT zeigte sich dabei vom CCN und von Nürnberg als Kongressstadt so nachhaltig überzeugt, dass sie ihren neuen Kongress Materials Science and Engineering ab 2008 dauerhaft in Nürnberg veranstalten wird. DK

Schule im Grünen

Landesgartenschau 2008 in Neu-Ulm bietet buntes Unterrichtsprogramm

Über 30 Partner bieten erlebnisreiche Unterrichtsstunden auf der Landesgartenschau Neu-Ulm an. Ab sofort können Kindergärten und Schulen kostenlose Schulstunden im Rahmen des Angebots „Schule im Grünen“ buchen. Im Sommer 2008 dürfen Schüler und Lehrer gegebenenfalls ihren Lernort Schule verlassen und den Unterricht ins Grüne verlagern.

Gemeinsam mit über 30 Partnern entwickelte Lisa Geißler, Beauftragte für das Kinder- und Jugendprogramm, einen spannenden Unterricht mit über 500 Angeboten für Schulklassen und Kindergartengruppen. Das vielfältige Angebot umfasst Themenspektren von Naturerlebnis über Technik & Energie bis hin zu Sport oder Kunst.

Woche zum Thema Ausbildung

„Unser Angebot richtet sich zum Teil an jüngere Altersgruppen wie Kindergärten und Grundschulen“, so Lisa Geißler, „ganz besonders hervorzuheben ist aber auch unser Programm für Jugendliche bis zur Kollegstufe“. Denn über das Unter-

richtungsangebot hinaus veranstaltet die Landesgartenschau eine Woche zum Thema Ausbildung.

Buchung ab sofort möglich

Von 30. Mai bis 5. Juni informieren die Hochschulen und Universitäten über ihre Studiengänge sowie die gärtnerischen Berufsverbände und ansässigen Unternehmen über ihre Ausbildungsangebote. Ab sofort können Kindergärten und Schulen eine Unterrichtsstunde direkt bei den Partnern buchen. Die Broschüre „Schule im Grünen“ ist auf der Homepage der LGS unter www.lgs-neu-uhl.de zum Download hinterlegt. Zudem wird allen Kindergärten und Schulen in der Region diese Broschüre zugestellt. □

Hier kommt Pep in Ihr Business 2008

www.nuernbergmesse.de/termine
www.nuernbergglobalfairs.com

akademika	03.06.–04.06.
BioFach°	21.02.–24.02.
BRAU Bevale	12.11.–14.11.
Chillventa Nürnberg	15.10.–17.10.
ConSozial	05.11.–06.11.
CRIO Optic Order Show	13.09.–14.09.
CRM-expo	05.11.–06.11.
embedded world	26.02.–28.02.
ENKON dezentral	15.10.–17.10.
e_procure & supply	07.05.–08.05.
EUROGUSS	11.03.–13.03.
fensterbau/frontale	02.04.–05.04.
GaLaBau	17.09.–20.09.
HOLZ-HANDWERK	02.04.–05.04.
IENA	30.10.–02.11.
IFH/Intherm	16.04.–19.04.
Internationaler Kongress der Deutschen Ophthalmochirurgen	12.06.–15.06.
Interzoo°	22.05.–25.05.
ISGATEC	21.10.–23.10.
IWA & OutdoorClassics°	14.03.–17.03.
mailingtage	18.06.–19.06.
PCIM	27.05.–29.05.
POWTECH	30.09.–02.10.
SENSOR+TEST	
DIE MESSTECHNIK-MESSE	06.05.–08.05.
SMT/HYBRID/PACKAGING	03.06.–05.06.
Spielwarenmesse	
International Toy Fair Nürnberg°	07.02.–12.02.
SPS/IPC/DRIVES	25.11.–27.11.
TechnoPharm	30.09.–02.10.
Vivaness°	21.02.–24.02.
Werkstätten:Messe	06.03.–09.03.

Auszug, alle Angaben ohne Gewähr, Änderungen vorbehalten

° Nur für Fachekäufer mit Legitimation

NÜRNBERG MESSE

Für weitere Informationen rufen Sie uns einfach an: 09 11.86 06-89 98

Euregio Inntal Preis 2008:

Vorbildlicher Einsatz

Zum dritten Mal bereits zeichnete die Euregio Inntal verdiente Personen und Institutionen für ihr vorbildliches Engagement in der Zusammenarbeit zwischen Bayern und Tirol aus. Schauplatz der diesjährigen Preisverleihung war Going.

Gastgeber Balthasar Hauser und der Goinger Bürgermeister Josef Pirchl hoben die vielfältigen Gemeinsamkeiten zwischen den Ländern hervor. Die rund 150 Festgäste, darunter Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer, Unternehmer Prof. Dr. Anton Kathrein, der Präsident der Fachhochschule Rosenheim Prof. Dr. Alfred Leidig, die Bezirkshauptmänner Dr. Michael Berger und Dr. Christoph Hochenegg, Kufsteins WK-Obmann Anton Rieder sowie zahlreiche Bürgermeister aus der Region, zeigten sich begeistert von den vielfältigen Leistungen der Preisträger.

Ausgezeichnet wurden:

- Stadtdirektor a.D. Diethard Schinzel, Rosenheim, Motor zahlreicher grenzüberschreitender Vorhaben
- die tollkühnen Rosenheimer Hagelflieger, die auch das Tiroler Grenzgebiet befliegen
- der Alpbacher Ehrenbürger Prof. Peter Moser, einer der beliebtesten und meistgefragten Volksmusikanten in der Alpenregion, bekannt auch durch seine Tätigkeit für den ORF und die Sendungen „Klingendes Österreich“ und „Mei liebste Weis“
- die Inntaler Sänger, den wohl bekanntesten Männerviergesang aus Oberbayern mit unzähligen Auftritten im gesamten Alpenland.

Hochkarätige Laudatoren würdigten die eindrucksvollen Werdegänge und Aktivitäten der Geehrten: Landtagsabgeordneter a.D. Adolf Dinglreiter, Raublings Bürgermeister und Euregio-Vizepräsident Josef Neiderhell, Dr. Peter Kostner, ORF Tirol sowie Fritz Mayr, ehemaliger Leiter der Abteilung Volksmusik beim Bayer. Rundfunk.

Euregio-Präsident Prof. Walter J. Mayr zeigte sich sichtlich erfreut über die gelungene Veranstaltung und verwies auf die Bedeutung des grenzübergreifenden Gedankens: „Im Sinne eines realen und geistigen Abbaus der ehemaligen Grenzen zwischen den Mitgliedsstaaten der EU müssen Taten gesetzt werden. Die Preisträger haben dies in vorbildhafter Weise realisiert!“ DK

Schwarze Gräben, grüne Wiesen

Neu gegründete Genossenschaft setzt sich für die Interessen der Einzelhändler und Dienstleister in Dachau ein

Josefa Westermann ist Geschäftsfrau durch und durch. Gemeinsam mit ihrer Schwester betreibt sie in Dachau in dritter Generation ein kleines Möbelhaus. Schon seit langem ärgert sie sich über die großen Einkaufsmärkte, die in Dachau Gewerbegebieten entstanden sind und mit Dumpingpreisen den eingessenen Einzelhändlern, Freiberuflern und Selbstständigen in der Innenstadt das Leben schwer machen. „Bei uns nennt man den Stadtrand nicht ‚grüne Wiesen‘, sondern ‚schwarzer Graben‘“, sagt Westermann. „Die Metro-Kisten ziehen die Kaufkraft aus der Innenstadt und mit ihren Discountpreisen können kleine inhabergeführte Einkaufsläden einfach nicht mithalten.“

Um die Interessen der Einzelhändler in der 40.000-Einwohner-Stadt zu vertreten, schloss sich Westermann 1996 mit anderen Dachauer Geschäftsleuten zusammen und gründete den Verein „Dachau Aktiv“. Mit gemeinsamen Marketing- und PR-Aktionen stärkten sie die Geschäfte in der Altstadt. So initiierte der Verein einen Citybus, der im Zehn-Minuten-Takt sechs Tage die Woche in die Innenstadt fuhr.

Professionalität im Visier

Anfang 2005 aber stieß der Verein an seine Grenzen. „Die Zeit des ehrenamtlichen Engagements war vorbei, wir wollten mehr - und unsere Arbeit auf professionelle Füße stellen“, sagt Westermann. Ihre Idee war es, einen Citymanager einzustellen, der sich hauptberuflich um die Belange der kleinen Einzelhändler kümmert. Im Juli 2007 schließlich rief Westermann zusammen mit den Vereinen „Dachau Aktiv“, „Leistung aus

Dachau“, den Interessengemeinschaften „Münchner Straße“ und „Shoppingberg“ sowie der örtlichen Volksbank und Sparkasse die „Stadtmarketing Dachau eG“ ins Leben. Die taaffe Geschäftsfrau wurde auf der Gründungsversammlung zur Vorsitzenden gewählt.

Schwieriger Weg

Doch der Weg zur Genossenschaftsgründung gestaltete sich schwieriger als gedacht. Denn die Meinungen der Interessen- und Werbegemeinschaften in Bezug auf den Citymanager gingen anfangs weit auseinander. „Ich musste fast zwei Jahre lang trommeln, bis ich alle Beteiligten im Boot hatte“, sagt Westermann rückblickend.

Ursprünglich wollte der Verein „Dachau Aktiv“ für sein Vorhaben eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) gründen. Ein neu ins Leben gerufener Verein sollte dabei ihr Gesellschafter sein. Doch eine Hiobsbotschaft aus Sachsen

brachte die Wende zugunsten der Genossenschaft. Vereine, die wirtschaftlich tätig sind, müssen nämlich im sächsischen Freistaat seit 2007 Einnahmen und Ausgaben versteuern. Westermann befürchtete, dass diese Änderung des Vereinsrechts auch in Bayern Schule macht. „Wir wollten uns für Dachau engagieren und nicht fürs Finanzamt“,



Möchten Dachaus Innenstadt stärken (v. l.): Die Vorstände Alwin Jurk, Josefa Westermann und Christian Bitter von der Stadtmarketing Dachau eG. Foto: Stadtmarketing Dachau eG

so Westermann. Kurzerhand sagte sie die Gründungssitzung drei Tage vorher ab.

Geeignete Rechtsform

Ein Anwalt aus Neuss, der sich auf Stadtmarketing spezialisiert hat, machte Westermann auf die Rechtsform der Genossenschaft aufmerksam. „Eigentlich bin ich schon seit langer Zeit Genossin“, sagt Westermann. Früher hat die Einzelhändlerin 16 Jahre lang in der Schreiner-Genossenschaft in München gearbeitet. „Aber ich dachte nicht, dass die eG auch für unser Vorhaben eine geeignete Rechtsform ist.“ Denn die Genossenschaft habe als Relikt vergangener Zeiten gegolten, etwas verstaubt und veraltet.

„Die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes machte die Rechtsform vor allem für Freiberufler und Gewerbetreibende wieder attraktiv“, sagt Dr. Andrea Althans, Rechtsanwältin des Genossenschaftsverbands Bayern, die die Gründung der Stadtmarketing Dachau eG begleitete. Vor allem in Haftungs- und Steuerfragen hat die eG die Initiatoren in Dachau überzeugt. „So schnell kann es gehen: Jetzt sind wir alle Genossen“, sagt Westermann.

Weitere Planung

Die Eintragung ins Genossenschaftsregister sowie die Mitgliedschaft im Genossenschaftsverband Bayern erfolgt in den kommenden Wochen. Dann nimmt die eG ihre Geschäftstätigkeit auf. Ihre Vorgängerin, der Verein „Dachau Aktiv“, wird in den nächsten Jahren in der Genossenschaft aufgehen, das Vereinsvermögen in Höhe von 50.000 Euro auf die eG übergehen. Noch im Frühjahr soll ein hauptberuflicher Citymanager die innerstädtische Wirtschaft durch

Projektstart im Jobcenter Ingolstadt:

„Perspektive 50plus“

Mit einer Auftaktveranstaltung im Alten Rathaus startete das Jobcenter Ingolstadt das Projekt „Perspektive 50plus - Beschäftigungspakte in den Regionen“. Die Oberbürgermeister der am Beschäftigungspakt beteiligten Städte Ingolstadt und Erlangen, Dr. Alfred Lehmann und Dr. Siegfried Balleis, stellten zusammen mit Isfried Fischer, dem Geschäftsführer des Jobcenters, das Projekt vor. Balleis konnte über bislang zwei erfolgreiche Jahre von „fifty up“, dem Perspektive 50plus Projekt der GGFA (SGB II Integrationsdienstleister der Stadt Erlangen) berichten.

Im Jahr 2005 wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Initiative 50plus ins Leben gerufen. Man reagierte damit auf den demographischen Wandel in Deutschland und will den Arbeitsmarktzugang für über 50-Jährige erleichtern. Das Bundesprogramm ist nunmehr in eine zweite Programmphase gestartet. Mit der Fortführung in den Jahren 2008 bis 2010 sollen die Beschäftigungschancen der älteren Langzeitarbeitslosen weiter verbessert werden. Die zweite Programmphase fördert der Bund mit weiteren 240 Millionen Euro.

„Perspektive 50plus“ bildet das Dach für bundesweit 62 regionale Beschäftigungspakte zur beruflichen Wiedereingliederung älterer Langzeitarbeitsloser. In der zweiten Phase haben sich die Beschäftigungspakte regional ausgeweitet. Insgesamt sind 194 Arbeitsgemeinschaften und zugelassene kommunale Träger am Bundesprogramm beteiligt.

Regionaler Ansatz

Das Bundesprogramm basiert auf einem regionalen Ansatz, der es den Beschäftigungspakten erlaubt, bei der Wahl der Integrationsstrategie gezielt auf die regionalen Besonderheiten einzugehen. Unterschiedliche Wege werden beschrieben, um älteren Langzeitarbeitslosen eine faire Chance am Arbeitsmarkt zu bieten.

„Perspektive 50plus“ verfolgt einen lernenden Ansatz. An der Umsetzung des Programms sind nicht nur die hauptverantwortlichen Arbeitsgemeinschaften und kommunalen Träger einbezogen, sondern auch die Partner der regionalen Netzwerke. Wichtige Partner sind Unternehmen, Kammern und Verbände, kommunale Einrichtungen und Bildungsträger, Politik, Gewerkschaften, Kirchen und Sozialverbände.

Im Haus der Agentur für Arbeit Ingolstadt werden sich sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganz gezielt und mit speziell gestalteten, arbeitsmarktnahen Maßnahmen sowie einem begleitenden individuellen Einzelcoaching um die Arbeitsuchenden kümmern. Ebenso werden Arbeitgeber aus Ingolstadt und der Region angesprochen und über die verschiedensten Möglichkeiten der Zusammenarbeit, die speziellen Fördermöglichkeiten im Bereich der über 50-Jährigen, Praktika und Qualifizierung vor Ort informiert. Durch die intensive Zusammenarbeit mit den Unternehmen erhofft man sich einen Gewinn für alle Beteiligten. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chef/in vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scheriele (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 42 vom 01.01.2008

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer, Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Konsolidierung kommunaler Haushalte:

Freistaat weitet Pilotprojekt aus

„Das Konsolidierungsprogramm für stark verschuldete Kommunen wird ausgeweitet. Bayern unterstützt in Zukunft weitere 18 Städte und Gemeinden in ihren Konsolidierungsanstrengungen. Die Mittel für das laufende Konsolidierungsprogramm werden auf elf Millionen Euro aufgestockt“, teilte Finanzstaatssekretär Georg Fahrenschon in München mit.

Das seit zwei Jahren laufende Pilotprojekt werde, wie Fahrenschon hervorhob, damit deutlich ausgeweitet. Ziel sei es, finanziell notleidende Kommunen wieder handlungsfähig zu machen, die aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, ihre Haushalte zu konsolidieren. Im Rahmen des Pilotprojekts „Struktur- bzw. Konsolidierungshilfen“ werden von einer staatlich-kommunalen Arbeitsgruppe ausgewählte Städte und Gemeinden durch eine direkte finanzielle Hilfe für höchstens vier Jahre bei ihrer Haushaltskonsolidierung unterstützt.

Start mit 14 Kommunen

Die Konsolidierungshilfen dienen ausschließlich der Sanierung betroffener Kommunalhaushalte, das heißt die staatlichen Hilfen müssen überwiegend zur Schuldentilgung verwendet werden. Die teilnehmenden Kommunen haben vor einer Entscheidung über ihren Förderantrag ein von der Rechtsaufsicht gebilligtes stringentes Haushaltskonsolidierungskonzept vorzulegen. Dieses muss schlüssig aufzeigen, wie die jeweilige Kommune durch erhebliche Eigenanstrengungen und unter Einbeziehung der staatlichen Finanzhilfen innerhalb von vier Jahren strukturelle Verbesserungen erreichen kann, die zumindest mittelfristig ihre finanzielle Leistungsfähigkeit wieder herstellen.

Der Modellversuch wurde, wie Fahrenschon erinnerte, im Jahr 2007 mit 14 Kommunen gestartet, an die insgesamt sie-

ben Millionen Euro ausgezahlt werden konnten. Im Jahr 2008 werden nun die Mittel für das Konsolidierungsprogramm auf elf Millionen Euro aufgestockt.

Vergrößerter Kreis

Dadurch habe die Staatsregierung die Möglichkeit geschaffen, im Jahr 2008 18 zusätzliche Städte und Gemeinden in das Pilotprojekt aufzunehmen und den Teilnehmerkreis auf insgesamt 32 Kommunen zu erweitern. Die Vergabe der Konsolidierungshilfen im Jahr 2008 an diese 32 Kommunen wird im Herbst in enger Abstimmung mit dem Staatsministerium des Innern und den kommunalen Spitzenverbänden erfolgen, kündigte Fahrenschon an. □

Die neu benannten Kommunen für die Teilnahme ab 2008:

- ▶ Gemeinde Künzing, Landkreis Deggendorf
- ▶ Gemeinde Frauenau, Landkreis Regen
- ▶ Stadt Hirschau, Landkreis Amberg-Weizsbach
- ▶ Gemeinde Gleißenberg, Landkreis Cham
- ▶ Gemeinde Dieterskirchen, Landkreis Schwandorf
- ▶ Markt Schwarzhofen, Landkreis Schwandorf
- ▶ Stadt Bad Berneck, Landkreis Bayreuth
- ▶ Gemeinde Fichtelberg, Landkreis Bayreuth
- ▶ Stadt Lichtenberg, Landkreis Hof
- ▶ Gemeinde Weißdorf, Landkreis Hof
- ▶ Stadt Ludwigstadt, Landkreis Kronach
- ▶ Markt Nordthalben, Landkreis Kronach
- ▶ Gemeinde Reichenbach, Landkreis Kronach
- ▶ Markt Hohenberg a. d. Eger, Landkreis Wunsiedel
- ▶ Markt Schirnding, Landkreis Wunsiedel
- ▶ Stadt Arzberg, Landkreis Wunsiedel
- ▶ Markt Seinsheim, Landkreis Kitzingen
- ▶ Gemeinde Grünenbach, Landkreis Lindau. □

20 Jahre Heilbadernennung Bad Endorf

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein hat die Tourismusbranche in Bayern ermuntert, in attraktive Angebote insbesondere rund um das Thema Gesundheit zu investieren, um auch künftig wettbewerbsfähig zu bleiben.

Bei der Feier zur 20jährigen Heilbadernennung von Bad Endorf in Oberbayern sagte Beckstein: „Gesundheits- und Wellness-Tourismus ist ein wachsender Wirtschaftszweig und liegt voll im Trend. Gesundheit im Urlaub ist gerade für ältere Menschen zunehmend ein Thema. Bayern hat alle Chancen, in dieser Zukunftsbranche vorne mit dabei zu sein, aber wir dürfen nicht stehen bleiben und uns auf unseren Erfolgen ausruhen.“

Gewandelte Gästestruktur

Die 47 bayerischen Heilbäder und Kurorte sind nach den Worten Becksteins mit jährlich 3,2 Milliarden Umsatz ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im Tourismusland Bayern. Dabei hat sich laut Beckstein die Gästestruktur in den letzten Jahrzehnten erheblich gewandelt. So ist der Anteil der Selbstzahler, die präventive und Wellnessangebote nutzen, auf 70

Prozent gestiegen. Beckstein: „Damit haben unsere Heilbäder ihre Gästebasis deutlich erweitert. Dieses Potential heißt es nutzen. Hier ist vor allem die Eigeninitiative der Kommunen und Unternehmen vor Ort gefragt, Ideen zu entwickeln und umzusetzen.“

Beckstein gratulierte dem Kur- und Erholungsort Bad Endorf herzlich zum 20jährigen Jubiläum seiner Heilbadernennung. Beckstein: „Bad Endorf ist mit seinem umfangreichen Angebot eine echte Bereicherung für Bayern als Gesundheitsstandort und Tourismusziel. Hier hat man die Trends rechtzeitig erkannt, wie zum Beispiel die Umgestaltung der Chiemgau Thermen in ein modernes Wellness- und Gesundheitscenter zeigt. Steigende Gästezahlen beweisen, dass die Bad Endorfer mit ihren Bemühungen um ständige Qualitätssteigerungen absolut auf dem richtigen Weg sind.“ □

Zum 60. Geburtstag von Dr. Günther Denzler:

Blick über den Tellerrand

Optimistisch kann der Bezirk Oberfranken zum Beginn des Jahres der Zukunft entgegen sehen. Und auch der Landkreis Bamberg kann zum Ende der Wahlperiode 2002/2008 selbstbewusst Bilanz ziehen. Beides ist das Verdienst von Bezirkstagspräsident und Landrat Dr. Günther Denzler, der am 26. Februar seinen 60. Geburtstag feierte. Mitstreiter ebenso wie politische Konkurrenten bescheinigen dem Jubilar profunde Sachkenntnis, Beharrlichkeit, Weitsicht und Courage - so auch im Rahmen einer Feierstunde in der Konzert- und Kongresshalle Bamberg die Präsidenten des Bayerischen Landkreistags und des Verbandes der Bayerischen Bezirke, Theo Zellner und Manfred Hölzlein, sowie OB Dr. Ulrich Maly, Ratsvorsitzender Metropolregion Nürnberg.

Denzler, Jurist und promovierter Politikwissenschaftler, begann 1975 seine berufliche Laufbahn als Regierungsrat z. A. bei der Inneren Verwaltung in Bayreuth (Regierung von Oberfranken). 1977 wurde er an das Landratsamt Bamberg versetzt und leitete dort bis 1980 die Abteilung „Soziales und Umwelt“. Von 1980 bis 1982 war er als Leiter der Bauabteilung nicht nur für das Bauordnungsrecht und die Bauleitplanung verantwortlich, sondern auch für die Bereiche Naturschutz, Denkmal- und Landschaftspflege. Ab 1982 leitete der Jubilar an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg die Personalabteilung und war auch für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Ab 1988 gehörte er als Vizekanzler der Hochschulleitung an und wurde 1989 zum Regierungsdirektor ernannt.

Entspannte Situation

Als Denzler 2003 zum Bezirkstagspräsidenten gewählt wurde, war die finanzielle Lage des Bezirks angespannt. Sein Hauptziel - die Konsolidierung des Haushalts - ist inzwischen mehr als erreicht. Durch die Umwandlung der früheren Kliniken und Heime von Eigenbetrieben in ein Kommunalunternehmen, konsequente Schuldentilgung und geschickte Verhandlungen mit dem Freistaat gelang es, die Kosten wesentlich zu mindern und die Umlagezahler gleichzeitig zu entlasten. Der Hebesatz der Bezirks-

umlage sank von 25,10 im Jahr 2005 auf jetzt 14 Prozent, dem niedrigsten Wert seit 25 Jahren.

Mehr Spielraum

Unter Denzlers Präsidentschaft hat der Bezirk damit Spielraum für die Gestaltung



Dr. Günther Denzler.

seiner Zukunft gewonnen. Vor dem Hintergrund des Klimawandels fördert Denzler die Erzeugung regenerativer Energien. Für die 1,1 Mio. Einwohner in Oberfranken baut der Bezirk sein kulturelles Angebot weiter aus - jüngst mit der Beratungsstelle für Theater und Literatur - und wird im sozialen Bereich mehr ambulante Betreuung ermöglichen. Als Chef von rund 280 Mitarbeitern in seiner Behörde in Bayreuth hat der zweifache Familienvater zügig die leistungsbezogene Vergü-

ter dem bayerischen Durchschnitt. Das öffentliche Finanzwesen ist geordnet, die Gemeinden des Bamberger Landes haben die dritt niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung in ganz Bayern. In verschiedenen Rankings schneidet die Region regelmäßig gut ab und verzeichnet positive Prognosen (u. a. FOCUS MONEY: Rang 18 unter den Top-Aufsteigerregionen Deutschlands). Als seine vier wichtigsten Ziele nennt Denzler die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, den Ausbau der Zusammenarbeit mit der Stadt Bamberg und der Region, die Umwandlung des Landratsamts zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen sowie das Fordern und Fördern der Eigenverantwortung des Einzelnen in der Gesellschaft.

Moderne Verwaltung

Eine moderne, serviceorientierte Verwaltung war dem Jubilar bereits bei seinem Amtsantritt 1996 als Landrat des Landkreises Bamberg wichtig. Entsprechend präsentiert sich das Landratsamt als innovativer und effizienter Dienstleister für seine Bürger. 2005 wurde es für seine Familienfreundlichkeit von der Staatsregierung ausgezeichnet, 2007 stellte man vom kamerale Haushalt auf die doppelte Buchführung um.

Gute Basis

Denzler, der erneut kandidiert, hat sich in den zwei vorangegangenen Amtsperioden eine sehr gute Basis geschaffen: Die Arbeitslosenquote des Landkreises Bamberg liegt derzeit bei 4,9 % und damit deutlich un-

ter dem bayerischen Durchschnitt. Das öffentliche Finanzwesen ist geordnet, die Gemeinden des Bamberger Landes haben die dritt niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung in ganz Bayern. In verschiedenen Rankings schneidet die Region regelmäßig gut ab und verzeichnet positive Prognosen (u. a. FOCUS MONEY: Rang 18 unter den Top-Aufsteigerregionen Deutschlands). Als seine vier wichtigsten Ziele nennt Denzler die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, den Ausbau der Zusammenarbeit mit der Stadt Bamberg und der Region, die Umwandlung des Landratsamts zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen sowie das Fordern und Fördern der Eigenverantwortung des Einzelnen in der Gesellschaft.

Globales Denken

„Im globalen Wettbewerb muss man in größeren Zusammenhängen denken“, betont Denzler immer wieder und sucht die Kooperation: Bewährt hat sie sich seit langem mit der (kreisfreien) Stadt Bamberg beispielsweise im Schulbereich. Mit der Wirtschaftsregion Bamberg-Forchheim (WiR) und schließlich der Europäischen Metropolregion Nürnberg EMN (2005) wurde Denzler zum stellvertretenden Ratsvorsitzenden gewählt, blickt man inzwischen weit über die eigenen Kirchtürme hinaus. **DK**

mer anschließen. Topschwerpunkt der Klimaallianz ist Energiesparen und - wegen des hohen Einsparpotenzials - die energetische Gebäudesanierung. Bayern investiert in den nächsten vier Jahren mehr in den Klimaschutz als jedes andere deutsche Land - insgesamt 750 Millionen Euro. Davon werden rund 150 Millionen Euro zur energetischen Sanierung der staatlichen Gebäude eingesetzt. Bis 2010 sollen die bayerischen CO₂-Emissionen auf 80 Millionen Tonnen pro Jahr begrenzt werden - 12 Millionen Tonnen weniger als 1998. **DK**



Dr. Otmar Bernhard.

Mitglieder in der Klimaallianz sind seit Oktober 2004 der Bund Naturschutz, seit Januar 2007 die christlichen Kirchen und seit Mai 2007 der Landkreistag. In Kürze werden sich die Bayerische Architektenkammer, der Bund Deutscher Architekten und die Bayerische Ingenieurkam-

Bayerische Bezirke verstärken Klimaallianz

Mit den sieben bayerischen Bezirken gewinnt die Staatsregierung weitere starke Partner für die Klimaallianz. Das erklärte der bayerische Umweltminister Otmar Bernhard bei der Unterzeichnung des Klimaschutzbündnisses gemeinsam mit dem Präsidenten des Verbandes der bayerischen Bezirke Manfred Hölzlein in München.

Bernhard: „Beim Klimaschutz sind alle gefragt: Über die bayerische Klimaallianz erreichen wir Verbände und gesellschaftliche Gruppen und gewinnen sie für den freiwilligen Klimaschutz. Der Verband der bayerischen Bezirke ist nach dem Landkreistag die zweite wichtige Säule aus der kommunalen Familie in der Allianz. Auch der Gemeindetag als dritter kommunaler Spitzenverband hat schon einen Präsidiumsbeschluss zum Beitritt gefasst.“

Klimaschutz beginnt für Bernhard zuallererst auf der lokalen und regionalen Ebene und muss vor Ort als politische Aufgabe angenommen werden. Die Bezirke betreiben Liegenschaften wie Krankenhäuser und Bildungseinrichtungen und können so in Sachen Energieeffizienz durch Absenkung des Verbrauchs ein Beispiel geben. Das fördert der Freistaat wiederum mit dem CO₂-Minderungsprogramm für kommunale Liegenschaften. Als Träger von Kultur- und Bildungsarbeit erreichen die Bezirke außerdem viele Men-

schen und tragen als Multiplikatoren die Idee der nachhaltigen Entwicklung und des Klimaschutzes erfolgreich weiter.

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Da tun einige Leute so, als würde eine Welt zusammenbrechen. Dabei macht die Zeit nur das, was sie immer tut: Sie schreitet voran.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las in einem Feuilleton den Kommentar zur Entscheidung des Brockhaus-Verlags, sein berühmtes Lexikon zukünftig nicht mehr in gedruckter Form anzubieten.

Vor allem für die Zukunftspessimisten war es ein gefundenes Fressen, dass diese Ikone deutscher Gelehrsamkeit und Bildungsfleißes fürderhin nicht mehr sinnlich greifbar in Buchform zur Verfügung stehen soll, sondern nur noch internetgestützt in den virtuellen Welten des World-Wide-Web. Kein Geruch von Papier, Staub (und idealerweise Leder) begleitet mehr die Suche nach dem Stichwort „Exkoration - Hautabschürfung“ und bei der seitlangem Lektüre des Stichworts „Rom ital. Ro-

gemütliche Bibliothek - mit dunklen Bücherschränken, einem Kamin und Sesseln, in denen man versinkt.

Das Buch ist ein Kulturgut, auf das ich nicht verzichten möchte und ich kenne keinen Menschen, der es anders sieht. Aber es ist halt nicht mehr das einzige Medium, das uns Informationen bereitstellt. Seit der Etablierung von Wikipedia ist das Internet zum Synonym für die schnelle Abrufbarkeit lexikalischer Informationen geworden. Seien wir doch ehrlich: Im Berufsalltag sind wir alle in der Versuchung, mal kurz bei Wikipedia reinzuschauen, um die Bedeutung eines Begriffs oder die Funktion einer Institution zu klären. Und immer haben wir ein unbestimmtes flausches Gefühl rechts hinten im Magen, ob die Information hundertprozentig verlässlich ist. Da bin ich absolut happy, wenn ich auf die Brockhaus-Seite zugreifen kann und dann die geprüfte Info habe.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist längst vom Bibliotheksgeher zum Info-Surfer geworden. Sein PC ist für ihn Schreibgerät, Nachschlagewerk, Rechenmaschine, Ablage und Gedächtnis. Für ihn steht fest, dass ein gehöriger Teil der Krokodilstränen, die vergossen werden, weil die Informationstechnik ihren Siegeszug fortsetzt, ihren Grund in einer gewissen Scheu der Anwender vor der Technik haben. Sein Zauberwort: Weiterlernen. Ganz im Sinne von Gerhard Hauptmann, der schon vor hundert Jahren den heutigen Kalenderblattspruch formuliert hat: „Sobald jemand in einer Sache Meister geworden ist, sollte er in einer neuen Sache Schüler werden.“

Liebe Leserinnen und Leser, für diejenigen, die ein kommunales Wahlamt bekleiden oder anstreben, wird es am Sonntag, 2. März, richtig spannend. Natürlich werde ich nur meinem Chef die Daumen drücken. Allen anderen Kandidaten widme ich das Kalenderblatt mit einem Spruch des römischen Kaisers Marc Aurel: „Was Du erhältst, nimm ohne Stolz an; was Du verlierst, gib ohne Trauer auf.“

Vom Bibliotheksgeher zum Info-Surfer

ma“ hört man nicht mehr das Rascheln umgeblätterter Seiten, sondern das Surren des PC-Ventilators. Ein Kulturverlust?

Das wird wohl immer auf die Perspektive ankommen. Ich verstehe schon die Generation des Bürgermeisters, die ihre prägenden Bildungserlebnisse in riesigen Bibliothekssälen zwischen tausenden Bücherrücken empfingen. Glühend wurden diejenigen Kommilitonen beneidet, die ihre Semesterarbeiten auf einer elektrischen, statt einer mechanischen Schreibmaschine tippen konnten.

Meine Generation ist mit dem PC aufgewachsen und jeder Fortschritt, jede neue Möglichkeit des Einsatzes fügt eigentlich nur ein Mosaikstückchen zu der Entwicklung hinzu, die den Computer zum universellen Werkzeug für alles macht. Was übrigens nicht bedeutet, dass ich nicht gerne Bücher lese. Sich am Sonntagnachmittag in der Sofaecke einrollen, einen schönen heißen Tee neben sich und ein gutes Buch vor der Nase - das ist für mich der Inbegriff von Entspannung. Und einer meiner Lebenssträume kreist um ein Eigenheim, das Platz hat für eine

the
Sabrina

Seniorenwochen im Landkreis Kitzingen:

Vielfältiges Programm

Hohe Aufmerksamkeit erlangten auch im vergangenen Jahr wieder die Seniorenwochen im Landkreis Kitzingen. In Zusammenarbeit mit u. a. Vereinen, Verbänden und Gemeinden entstand ein umfangreiches, interessantes Programm mit nahezu 100 Veranstaltungen für die älteren Mitbürger des Landkreises.

Nach der offiziellen Eröffnung durch die Kitzinger Landrätin Tamara Bischof begeisterte die ehemalige Bundesfamilienministerin Prof. Ursula Lehr die Zuhörer im Landratsamt mit ihrem Vortrag zum Thema „Älter werden - aktiv bleiben“.

Lehr zeigte eindrucksvoll das Bild einer alternden Gesellschaft auf und leitete Konsequenzen für die Kommunen ab. Sie forderte Städte und Gemeinden auf, „das Alter später beginnen zu lassen“, um auch über 70-Jährigen die Möglichkeit einzuräumen, in der Kommunalpolitik mitreden zu können. Jedem sollte es ermöglicht werden, „gesund alt zu werden“. Gesundes Altern erreiche man durch gesunde Ernährung, sportliche, geistige und soziale Aktivitäten.

„Älter werden, aktiv bleiben“

Anhand einiger Politikbereiche präsentierte Ursula Lehr notwendige Konsequenzen wie Stadtplanung und Verkehrssysteme, Gestaltung der Fußgängerzonen, barrierefreie Behörden- und Generationenvertrag, Wohnformen, Pflege, Freizeitgestaltung, Besuchs- und Nachbarschaftsdienste und ehrenamtliches Engagement im Alter. Durch diese und weitere Aktivitäten werde sich künftig das Altersbild vom „Risikofaktor Al-

te“ zum „Gewinn für alle Generationen“ ändern.

Vortrag von Pater Grün

Ein weiterer Höhepunkt der Seniorenwochen des Landratsamtes war der Vortrag von Pater Anselm Grün, Benediktinermönch und Cellerar des Klosters Münsterschwarzach, zum Thema „Womit habe ich das verdient?“ - Die unverändliche Gerechtigkeit Gottes“. Grün zufolge geht es letztlich darum, allzu idealistische und „liebliche“ Vorstellungen von Gott zu hinterfragen und nach dem Gott zu suchen, der hinter aller scheinbaren Ungerechtigkeit steht, die Menschen in ihrem Leben immer wieder erleiden.

Sport und Fitness

Eingebunden in das Programm der Seniorenwochen war neben dem alljährlichen Seniorennachmittag des Landkreises für die Mitbürger ab 90 Jahre auch das Thema Sport. Das Institut für Sportwissenschaft, die Stadt Iphofen und die Fachstelle für Seniorenfragen brachten „Bewegung“ in den Veranstaltungskatalog. Bei „Sport und Fitness bis ins hohe Alter“ ging es nicht um Theorie, sondern um praktische Übungen u. a. im Hallenbad, wo Wassergymnastik und Aquajogging be-

Musik und Medizin

geistert angenommen wurden. Unter dem Motto „Musik am Nachmittag“ veranstalteten junge, begeisterte Musiker kostenlose Konzerte klassischer Musik für die Generation der zwischen 1920 und 1930 Geborenen. Auch dieses Angebot wurde von über 200 älteren Menschen begeistert angenommen. Informative, medizinische Vorträge wie z. B. über Osteoporose, Zahngesundheit und Rheuma gehörten ebenso zum umfangreichen Programm der Seniorenwochen wie die Diskussionsveranstaltung „Wo drückt der Schuh?“ - Senioren fragen, die Landrätin und Fachleute antworten -, in der es um Fragen der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung, des Behindertenrechts und der Grundsicherung im Alter ging.

7500 Senioren zu Gast

Gut besucht war zudem eine Theatervorstellung des Hospizvereins Volkach-Gerolzhofen, der das Stück „Gevatter Tod“ nach den Brüdern Grimm zur Aufführung brachte. Mit Bremsfesten, Ausflügen und Stammtischen kam auch der gesellige Teil nicht zu kurz. Für jeden Geschmack war etwas dabei.

Insgesamt wurden die zahlreichen Veranstaltungen von 7500 Senioren aus dem Landkreis Kitzingen besucht. Auch in diesem Jahr werden in den Monaten September und Oktober wieder Seniorenwochen stattfinden. **DK**



Von links: Meinrad Gackowski (Beauftragter für Familie, Demografie und Integration im Landratsamt Günzburg), Bezirksrätin Dr. Ruth Niemetz, Stadt- und Kreisrätin Christa Wenninger (Kreisvorsitzende der Frauen Union), Dr. phil. Marion Schnarrenberger, Landrat Hubert Hafner. Bild: hj

Landkreis Günzburg:

Familie hat Vorfahrt

„Worüber diskutieren wir eigentlich, wenn es um die Familie geht?“ Mit dieser einleitenden Frage überraschte die Referentin Dr. phil. Marion Schnarrenberger. Eingeladen hatte die Kreis-Frauenunion mit ihrer Vorsitzenden Christa Wenninger mit dem Lokalen Bündnis für Familie. Die Organisation lag bei Meinrad Gackowski vom Landratsamt und Hans Joas von der Hanns-Seidel-Stiftung. Erfreulicherweise fanden Landrat Hubert Hafner, die Bürgermeister Hans Klement (Ichenhausen) und Robert Strobel (Bibertal), die zuständige Fachbereichsleiterin aus dem Jugendamt, Barbara Hellenthal, sowie Bezirksrätin Dr. Ruth Niemetz Interesse am Informationsangebot. Die klare Gliederung der Ausführungen der Referentin führte zu einer regen Diskussion.

Warum diskutiert Deutschland plötzlich wieder über die Familie? Alarmierend sei der seit 30 Jahren anhaltende Rückgang der Geburtenzahlen. Der „Generationenvertrag“ kommt bedenklich ins Wanken. Die Zukunft mit sinkender Zahl von Erwerbstätigen im aktiven Alter, steigender Zahl an Rentempfängern mit drohender Mindestrente, sinkenden Leistungen aus Kranken- und Pflegeversicherungen, dafür steigenden

Beiträgen für Schul und Universitätsbesuch habe bereits jetzt begonnen. Dies sei wahrlich wenig verlockend für junge Paare um in der Heimat zu bleiben, wenn das Ausland locke. Ein gesundes Gemeindeleben sei am Verblühen.

Finanzielle Unterstützung

Was ist gegen diese Entwicklung bisher unternommen worden und mit welchem Erfolg?

Der Staat, ob Bund oder Land, habe vielfältige Formen an Finanzmitteln an Eltern bezahlt, sei es Bundes- oder Landeserziehungsgeld, sei es Elterngeld oder das seit 1964 bestehende staatliche Kindergeld. Alle Maßnahmen konnten den Trend beim Rückgang der Geburtenzahlen nicht umkehren.

Kommunale Maßnahmen

Auf kommunaler Ebene könnten vielfältige und phantasievolle Maßnahmen entwickelt und angeboten werden. Allerdings seien den Kommunen in der Regel durch die bestehenden Pflichtaufgaben die Hände finanziell stark gebunden. Die wenigen Maßnahmen, die in der Vergangenheit bereits kommunal durchgeführt wurden, wie Angebot von Sport, Bildung, Radwegen und ÖPNV seien ebenso wirkungslos für eine Trendumkehr bei den Nachwuchszahlen gewesen.

Zahlen und Fakten

Ein Blick auf die Realität in Deutschland war sehr aufschlussreich. Was soll überhaupt gefördert werden, um eine Trendumkehr zu erreichen? Das Statistische Bundesamt liefert die Zahlen: In Deutschland leben 42,8 Millionen Bürger in einer Paar-Beziehung, davon 88 % mit einem Trauschein. Von diesen hätten 43 % Kinder im Alter bis zu 18 Jahren. Nur 4 % der Paar-Beziehungen mit Kindern hätten keinen Trauschein, der Anteil an Alleinerziehenden liege bei 15 %. Familien seien eher in kleineren Kommunen zu Hause, die Großstädte hätten einen Anteil an Singlehaushalten bis zu 60 %. Der Anteil an Ehen mit einem bzw. zwei ausländischen Partnern sei nur jeweils 6 %. Der Schluss der Referentin: Die deutsche Familie lebe mit zwei Generationen v.a. in ehelicher Gemeinschaft in kleineren Kommunen. Dem widerspreche leider die gängige Darstellung in den Medien, wo der Fokus meistens auf die Patchwork-Familie gelegt werde. Damit liege der Schwerpunkt zur Trendumkehr bei der Kinderzahl im Bereich der kommunalen Ebenen.

Was aber drückt die jungen Paare, wenn sie den Kinder-

wunsch verneinen? Häufig verschwiegene Ursache sei die mit dem Alter ab 30 steigende Unfruchtbarkeit beider Partner. Einfachste Lösung wäre hier, den Kinderwunsch früher zu verwirklichen und nicht bis zum Ende des vierten Lebensjahrzehnts zu warten. Neben persönlichen Ursachen dafür seien hier genannt die von der Wirtschaft oft geforderte Mobilität, die dann in Wochenendehem gipfelt, die geringe Akzeptanz des Berufs Mutter, die teilweise immer noch unflexible Arbeitszeitgestaltung zur Fortsetzung des erworbenen Berufs, und nicht zuletzt Unentschlossenheit der Paare.

Vorbildliches Günzburg

Was also könnten Kommunen im Rahmen der Finanzierbarkeit tun? Was erwarten Paare heute von einer Kommune, damit Kinder ein attraktives Lebensziel würden? Hier ist ein wesentlicher Punkt die Hilfe zu Selbsthilfe vor Ort, die dann ganz unterschiedlich ausfallen könne. Eine Kommune könne beispielsweise Drei-Generationen-Häuser fördern, eine familienfreundliche Abgabenerhebung ansteuern, Firmen vor Ort in der Arbeitszeitgestaltung beraten, private Elternaufsicht und mobile Pflegedienste unterstützen. Hier konnte dem Landkreis Günzburg die Erledigung vieler Hausaufgaben bereits bescheinigt werden. **hj**

8. Forchheimer Ausbildungsmesse

Auch im Schuljahr 2007/2008 wird die Forchheimer Ausbildungsmesse für den Landkreis wieder vom Arbeitskreis Schule-Wirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Beruflichen Schulzentrum Forchheim und dem Landkreis Forchheim veranstaltet. Die Messe findet am Samstag, 8. März, von 10 bis 15 Uhr im Beruflichen Schulzentrum Forchheim, Fritz-Hoffmann-Straße 3, statt. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Kontaktaufnahme und Information zwischen Ausstellern und Ausbildungswilligen. □



Brigitte Hegendörfer mit CSU-Kreisvorsitzendem MdL Hans Herold. Text und Bild: pm

KPV Mittelfranken:

Hegendörfer ist neue Bezirksvorsitzende

Neustadt a.d. Aisch. Brigitte Hegendörfer heißt die neue mittelfränkische Bezirksvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV). In ihrer Antrittsrede stellte die Gemeinderätin aus Markt Erlbach und stellvertretende CSU-Kreisvorsitzende im Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim die Bedeutung der Kommunen für Staat und Gesellschaft heraus und betonte: „Die CSU ist ein starker und verlässlicher Partner an der Seite der Kommunen“.

Die Kommunalpolitik, so Hegendörfer, sei kein isolierter Politikbereich, sondern eingebettet in eine themenübergreifende Europa-, Bundes- und Landespolitik. Als Stellvertreter stehen ihr Gerhard Lenz aus Büchenbach, Albrecht Börner aus Erlangen und Werner Kunddörfer aus Feucht zur Seite. 1.263 Mitglieder zählt die Arbeitsgemeinschaft der CSU und repräsentiert weit mehr als 1.000 Kommunalpolitiker aller Ebenen.

Der gastgebende CSU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Hans Herold plädierte in einer Grundsatzrede für den weitgehenden Erhalt der Grundschulstandorte, gegebenenfalls auch mit kombinierten Klassen: „Der ländliche Raum ist darauf ebenso angewiesen, wie auf eine ausreichende Breitbandversorgung „bis ins kleinste Dorf“ und neue Mittel für den Staatsstraßenbau. Herold dankte in diesem Zusammenhang der Bayerischen Staatsregierung und besonders Innenminister Joachim Herrmann für die deutliche Mittelaufstockung

auf erstmals mehr als sechs Milliarden Euro reiner Landesleistungen. „Das gibt den Städten, Gemeinden und Landkreisen wieder mehr Spielraum für Ideen zur Zukunftssicherung“.

„Politik aus einem Guss“

Für „Politik aus einem Guss“ wollen auch die gewählten weiteren Mitglieder der Bezirksvorsitzenschaft und Delegierten in die Landesversammlung sorgen. Besonderer Einfluss auf die Politik habe der „Hauptausschuss“ der KPV, in den neben Christa Begert aus Velden und Peter Müller aus Wilhelmsdorf auch der Erlanger Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis gewählt wurde. Letzterer forderte sehr engagiert, die Sorgen und Nöte der Hausärzte um deren Existenz sehr ernst zu nehmen. Diese hätten in der CSU einen starken und kompetenten Partner bei der Durchsetzung ihrer berechtigten Anliegen: „Wir alle sind auf die flächendeckende gute Versorgung mit Hausärzten dringend angewiesen“. □

LIEFERANTEN- **GZ** NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung



- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahradabstellanlagen



Kindergarteneinrichtungen



elbe Produktion - Vertrieb GmbH & Co.
Industriestraße 1 • 11-91285 Weitenanger
Tel. 0933818181 • Fax 0933818181
E-Mail info@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Inserieren bringt Erfolg!

www.bayerische-gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen



Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen



elbe Produktion - Vertrieb GmbH & Co.
Industriestraße 1 • 11-91285 Weitenanger
Tel. 0933818181 • Fax 0933818181
E-Mail info@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte



Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/690500 · Fax 07195/690577 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

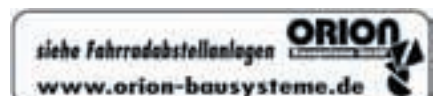


Gmeiner Winterdienst-Technik
ist unsere Stärke!

Gmeiner GmbH
Bgm.-Knoll-Str. 26
D - 92245 Kürnbrunn
Telefon: +49 (0) 96 21 / 78 85-0
Internet: www.gmeiner-online.de
E-Mail: info@gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



siehe Fahrradabstellanlagen
www.orion-bausysteme.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74